

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M. (davon 25 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Samstags und Montags einmal. ...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einzeln. Kompartimente 80 Pf. ...

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 37356. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. ...

Deutschlands Lage hat sich zugespitzt!

Das Memorandum für den BIZ-Ausschuss in Basel überreicht.

Das Memorandum der Reichsregierung zu dem Antrag auf Einberufung des Sonderausschusses bei der BIZ hat folgenden Wortlaut:

„Bereits Anfang Juni dieses Jahres war die deutsche Regierung zu der Überzeugung gelangt, daß sie trotz stärkster Herabsetzung der staatlichen Ausgaben und wiederholter Erhöhung der Steuerlasten

außerstande sein werde, die Zahlung der Annuitäten des Neuen Planes fortzusetzen.

Die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands war schon damals auf das ernsteste bedroht. Die deutsche Regierung hatte sich deshalb entschlossen, die notwendigen Schlussfolgerungen aus dieser Lage zu ziehen.

Diesem Entschluß folgte am 21. Juni die Erklärung des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die einen einjährigen Aufschub aller Zahlungen auf Schulden der Reparationen, Reparationen und Wiederaufbauschulden vorschlug. ...

So wichtig alle diese Maßnahmen waren, um eine schnelle Erleichterung zu schaffen, so waren sie doch ihrem ganzen Charakter nach nur vorbereitender Natur.

Die Londoner Konferenz selbst hat in ihrer Schlussfolgerung festgestellt, daß die empfohlenen Maßnahmen nur ein erster Schritt seien, und daß sie die Grundlage für eine Aktion von weitreichender Bedeutung bilden sollten. ...

In den letzten vergangenen Monaten hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands aufs Äußerste zugespitzt.

Die Tatsachen, die diese Lage kennzeichnen, sind allgemein bekannt. Auch in anderen Ländern hat der Druck der Krise zu den ernstesten Erscheinungen geführt. Die Welt ist sich in steigendem Maße klar geworden über den inneren Zusammenhang der verschiedenen durch die Lage aufgeworfenen finanziellen Teilprobleme ...

Nach dem Neuen Plane ist für diesen Antrag die Erklärung der deutschen Regierung erforderlich, daß „sie in gutem Glauben zu dem Schluß gekommen ist, daß die Währung und das Wirtschaftsleben Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen Transfer des ausschließbaren Teiles der Annuitäten ernstlich in Gefahr gebracht werden könnten“.

zum Ausdruck bringen, daß eine solche Erklärung der gegenwärtigen Sachlage nicht gerecht wird. Seit der Aufstellung des Neuen Planes ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage in der Welt, insbesondere in Deutschland, durch eine Krise ohne gleichen von Grund auf geändert worden. ...

Da die gegenwärtigen Verhältnisse die größte Beschleunigung der zu treffenden Maßnahmen erfordern, schlägt die deutsche Regierung vor, daß der beratende Sonderausschuss unverzüglich zusammentritt, und daß er seine Arbeiten so schnell als möglich erledigt, damit schon in nächster Zeit eine Konferenz derjenigen Regierungen stattfinden kann, die für die alsdann zu fassenden Entschlüsse zuständig sind.“

Man mag sich zunächst mit einiger Verwunderung die Frage vorlegen, warum es denn solange gedauert hat, bis über den Wortlaut dieses deutschen Antrages eine Einigung zwischen der deutschen und der französischen Regierung erzielt werden konnte. Die Erklärung dafür liegt jedoch in dem letzten Abschnitt dieses Dokumentes, um den tagelang und Wort für Wort gerungen werden mußte. ...

„ungeschützten“ Teil in Höhe von rund 660 Millionen Mark jährlich, der nach der Auffassung der Unterzeichner des Haager Abkommens auf alle Fälle aufgebracht werden könnte und transferiert werden müßte. ...

Die französische Regierung und, vor allem ihr rechtsgerichteter Finanzminister Flandin, hat sich zunächst dagegen gestraubt, daß der im Young-Plan vorgesehene Sonderauschuss sich überhaupt mit einer anderen Frage befassen dürfte, als mit der des ausschließbaren Teiles der Annuitäten, während es Deutschlands natürliches Bestreben war und bleibt, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands überhaupt betugelt zu lassen, nicht nur hinsichtlich der Reparationen, sondern auch hinsichtlich der stillgehaltenen Privatschulden.

Dies bringt das deutsche Memorandum deutlich zum Ausdruck. Erstens indem es betont, daß nach Auffassung der Reichsregierung eine bloße Unteruchung des Problems der geschützten Zahlungen „der gegenwärtigen Sachlage nicht gerecht wird“. Zweitens durch die Betonung, daß sich seit der Haager Konferenz die Lage der Welt und insbesondere Deutschlands durch eine Krise ohnegleichen von Grund auf geändert worden“ ist. ...

Rein juristisch stellt das deutsche Memorandum eine einseitige deutsche Erklärung dar, insofern sind weder Frankreich noch die übrigen Reparationsgläubiger durch die

Drei Erlasse Severings.

Gegen Redner, Straßenterror und Bürgerkriegsvorbereitung.

Der preussische Minister des Innern hat unterm 20. November d. J. einen Rundschreiben und zwei Polizeiverordnungen zur Sicherung von Ruhe und Ordnung herausgegeben, die der Amtliche Preussische Pressedienst wie folgt mitteilt:

Handhabung der Versammlungspolizei durch vorbeugende Versammlungsverbote.

Die bisherige Handhabung der Versammlungspolizei hat es noch nicht verhindern können, daß in beforgnisserregender Weise in den Versammlungen der radikalen Parteien und Organisationen zu Gewalttaten aufgefordert oder angereizt wird. Angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlich und politisch besonders gespannten Lage kann dieser Zustand unter keinen Umständen länger geduldet werden. ...

- 1. unter Anlegung strengsten Maßstabes Versammlungen, in denen — wenn auch nur in verschleierte Form — zu Gewalttätigkeiten aufgefordert oder angereizt wird, sofort aufzulösen; 2. Versammlungen, bei denen, insbesondere nach der Person des Redners, die Beforgnis solcher Verstöße besteht, vorbeugend zu verbieten oder jedenfalls nur unter Ausschluss solcher Redner zuzulassen.

Parteiausschuss am 1. Dezember Sitzung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Der Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei tritt am Dienstag, dem 1. Dezember, vormittags, zur Beratung der politischen Lage zusammen. Am Nachmittag des gleichen Tages wird auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Sitzung abhalten.

Verbot nächtlicher Geländeübungen und Märsche.

In der Zeit von 17 bis 7 Uhr sind Gelände- und Ordnungsübungen (Geländespiele, Geländesport usw.) und Vorbereitungen dazu sowie alle Märsche in geschlossener Ordnung unter freiem Himmel verboten.

Ausgenommen von dem Verbot des § 1 sind behördlich angeordnete Veranstaltungen und Märsche (Ausflüge) von Personen im Kindesalter.

Gegen die Nichtbefolgung der Bestimmungen des § 1 wird die Festsetzung von Zwangsgeld bis zu 150 M., im Nichtbefolgungsfalle Zwangshaft bis zu 3 Wochen angedroht.

Die Polizeiverordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft und nach Ablauf von 6 Monaten außer Kraft.

Verbot der Abgabe von Hieb- und Stoßwaffen an Personen unter 20 Jahren.

Auf Grund der §§ 25 und 33 des Polizeiverwaltungsgegesetzes vom 1. Juni 1931 werden für das Gebiet des Freistaats Preußen die beiden folgenden Polizeiverordnungen erlassen:

Die entgeltliche oder unentgeltliche Abgabe von Waffen, die ihrer Natur nach dazu bestimmt sind, durch Hieb- oder Stoß Verletzungen beizubringen (Hieb- oder Stoßwaffen) an Personen unter 20 Jahren ist verboten.

§ 1 findet keine Anwendung auf 1. Personen, die kraft ihres öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses zum Führen von Hieb- oder Stoßwaffen berechtigt sind; 2. Personen, die beruflich Hieb- oder Stoßwaffen zu führen pflegen; 3. Personen, die zum Führen von Hieb- oder Stoßwaffen behördlich ermächtigt sind; 4. Inhaber von Waffenscheinen im Sinne des § 15 des Gesetzes über Schusswaffen und Munition vom 12. April 1928, soweit nicht im Waffenschein das Führen von Hieb- oder Stoßwaffen ausgeschlossen oder beschränkt ist; 5. Inhaber von Jagdscheinen eines deutschen Landes.

Für jeden Fall der Nichtbefolgung dieser Polizeiverordnung wird die Festsetzung eines Zwangsgeldes in Höhe bis zu 150 M., im Nichtbefolgungsfalle die Festsetzung von Zwangshaft bis zu 2 Wochen angedroht.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Justizskandal droht!

Schergendienste für Mussolini.

Begründung des deutschen Antrages rechtlich gebunden. Aber jedermann weiß, daß es nach der Rückkehr Savais aus Washington vereinbart war, daß der deutsche Antrag erst dann offiziell eingereicht werden würde, wenn Frankreich seine Zustimmung zu dessen Formulierung erteilt haben würde. Infolgedessen ist Frankreich zumindest moralisch verpflichtet, keine Opposition innerhalb des Sonderausschusses dagegen zu machen, daß der Ausschuss seinen Aufgabekreis im Sinne der deutschen Auffassung erweitere.

Formal hat die französische Regierung ihren Standpunkt insofern gewahrt, als sie darauf bestanden hat, daß die Frage der Privatschulden einem besonderen Ausschuss der Gläubiger und Schuldner vorbehalten bleibe. Indessen ist es schon jetzt höchstwahrscheinlich, daß beide Ausschüsse gleichzeitig und am selben Ort, nämlich Basel, tagen werden, und man rechnet sogar damit, daß eine sehr weitgehende Personalunion zwischen den beiden Komitees hergestellt werden wird. Vermutlich wird sogar die Mehrheit der Sachverständigen beiden Ausschüssen angehören. Damit wäre wohl ohne weiteres die Garantie gegeben, daß die Beschlüsse beider Ausschüsse sich nicht widersprechen, sondern sich vielmehr decken und ergänzen werden. Denn es ist natürlich ein Unding, anzunehmen, daß Deutschland sich auf irgendwelche neuen Verpflichtungen reparationspolitischer Art einlassen kann, wenn nicht vorher Klarheit über das künftige Schicksal seiner privatwirtschaftlichen Schulden an das Ausland geschaffen wird.

Die begutachtenden Vorschläge dieser beiden Ausschüsse in international verbindende Beschlüsse zu verwandeln, wird die Aufgabe der kommenden Konferenz der Regierungen sein. Darüber, daß eine solche Konferenz nach Abschluß der Komiteearbeiten unverzüglich einberufen wird, besteht schon jetzt auf Grund der jüngsten Pariser Vorbesprechungen volles Einverständnis. Man darf allerdings nicht glauben, daß die Beratungen sowohl der Ausschüsse wie auch der Konferenz leicht, reibungslos und schnell vor sich gehen werden. Alle Erfahrungen der Vergangenheit sprechen dagegen. Vor allem muß man damit rechnen, daß der Unverständnis und die Boswilligkeit der Nationalisten in allen Ländern die Einigung zunächst zwischen den Experten und später noch viel mehr zwischen den Regierungen außerordentlich erschweren wird. Schon jetzt hat Hugenberg in seiner Sportpalastrede am Donnerstag das Signal zu einer neuen Hege gegen den „dritten Tributplan“ gegeben, den die Regierung Brüning zu unterschreiben sich anschickte. Ebenso dürften die französischen Nationalisten schon jetzt Alarm schlagen, weil die französische Regierung bei den Vorverhandlungen um den deutschen Antrag nicht kategorisch gefordert habe, daß die ungeschützten Annuitäten und die deutschen Privatschulden von den Beratungen des Sonderausschusses formell ausgeschlossen bleiben. Hüben und drüben rüsten die Schatzmacher und Friedensstörer zum Kampf gegen jede Verständigung.

B33. bereits in Aktion getreten.

Basel, 20. November.

Unmittelbar nach Eingang des Memorandums sind an alle Verwaltungsratsmitglieder der Bank Telegramme geschickt worden, in denen auf Grund des Artikels 45 der Statuten um die Ermächtigung ersucht wird, den beratenden Sonderausschuss einzuberufen. Außerdem sind der Reichsbankpräsident sowie die Gouverneure der Bank von Frankreich, der Bank von England, der belgischen Nationalbank, der Bank von Italien, der Bank von Japan und der Federal-Reserve-Bank von New York aufgefordert worden, in Uebereinstimmung mit Ziffer 128 des neuen Planes Mitglieder für den Ausschuss zu ernennen.

Amerikas Delegierter bereits bestimmt.

New York, 20. November.

Der Gouverneur der New Yorker Bundesreservebank, Harrison, hat bekannt, daß er auf Grund eines Erlusses der B33, den Vorsitzenden des Direktorenrats von Chase National Bank, Walter E. Stewart, zum amerikanischen Mitglied des beratenden Sonderausschusses ernannt habe, den die B33 auf Veranlassung der deutschen Regierung unter den Bestimmungen des Young-Plans einberufen.

Die Situation im Wirtschaftsbeirat.

Eine Erklärung der Reichsregierung.

Die Reichsregierung teilt zu dem Rücktritt der landwirtschaftlichen Vertreter im Wirtschaftsbeirat mit, daß die landwirtschaftlichen Vertreter durch den Reichspräsidenten in den Wirtschaftsbeirat berufen worden sind und es deshalb Ernteanernennungen herangezogen habe, daß sie über ihren Rücktritt einen Brief abgefaßt und veröffentlicht haben, ohne den Reichspräsidenten oder die Reichsregierung von dem beabsichtigten Schritt in Kenntnis zu setzen.

Am übrigen wird in der Regierungserklärung betont, daß es sich in den Ausreden des Wirtschaftsbeirates nur darum handele, die Auffassung der maßgeblichen Wirtschaftskreise festzustellen. Die verfassungsmäßige Zuständigkeit der Regierung, in eigener Entscheidung ein Wirtschaftsprogramm aufzustellen, könne durch die Arbeiten des Wirtschaftsbeirates in keiner Weise berührt werden. Selbstverständlich könne es auch nicht Aufgabe des Wirtschaftsbeirates sein, Einzelmaßnahmen wie die Erhöhung des Butterzollens vorzuschlagen. Zugabegeben wird, daß die Neugefaltung der deutschen Wirtschaft einen Teil des gesamten Wirtschaftsprogrammes der Reichsregierung darstellt. Da in diesem Falle aber Fragen der bevorstehenden Frühjahrsbestellung und der Sicherung der Ernährung des deutschen Volkes auf dem Spiel ständen, habe sich die Regierung verpflichtet gefühlt, die entsprechenden Maßnahmen vor erdültiger Feststellung des übrigen Teiles des Wirtschaftsprogrammes in Kraft zu setzen. Die landwirtschaftlichen Vertreter seien von diesen Maßnahmen vorher unterrichtet worden.

Die Mitteilung der Reichsregierung betont zum Schluß: „Von einer „Sprennung“ des Wirtschaftsbeirates durch das Fernbleiben der drei landwirtschaftlichen Vertreter kann natürlich in keiner Weise die Rede sein. Die wertvollen Arbeiten der Ausschüsse sind am Donnerstag zu Ende geführt worden und es handelt sich jetzt lediglich noch darum, in einer abschließenden Sitzung der beiden Ausschüsse das Ergebnis in Vertreten des Wirtschaftsbeirates, die für Montag, den 23. November, unter dem Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten vorgelesen ist, abzuhaken.“

Demonstrationsverbot in Aushall. Die anhaltische Regierung hat alle Versammlungen und Unruhen unter freiem Himmel verboten. Ausgenommen sind unpolitische Veranstaltungen dieser Art, sofern sie von der Regierung genehmigt werden.

Aus Konstanz meldet Telunion: Die Erhebungen in der Antifaschistenangelegenheit sind bereits abgeschlossen. Der Prozeß gegen Vassanelli, Tardiani und Roselli, der sich hauptsächlich auf § 102 stützen wird, wird eingeleitet werden, sobald der italienische Antrag dazu vorliegt. Die übrigen Vergehen spielen nur eine nebensächliche Rolle. Der Engländer, der als Kraftwagenführer und Flugzeugmonteur mitgenommen worden war, ist inzwischen auf freien Fuß gesetzt worden, da seine Mitbeteiligung nicht nachgewiesen werden konnte.

Die Meldung der Telunion kündigt eine politische und juristische Konstellation an, der man seltungslos gegenübersteht. Der Paragraph 102 des Strafgesetzbuches macht es möglich, daß ein gegen ein fremdes Land verübter „Hochverrat“ bestraft wird, wenn dieses fremde Land Gegenseitigkeit gewährt und Strafantrag stellt. In der deutschen Geschichte ist ein einziger Fall bekannt, in dem versucht wurde, den schmachvollen Paragraphen 102 zur Anwendung zu bringen. Das war in dem sogenannten „Hochverrats-

prozeß des Zaren“, der im Jahre 1904 in Königsberg stattfand und in dem u. a. der jetzige Ministerpräsident Otto Braun angeklagt war. In jenem Prozeß, in dem es sich um die Einschmuggelung revolutionärer Literatur nach Rußland handelte, wurden im Punkte des Paragraphen 102 alle Angeklagten freigesprochen, nur wegen Geheimbundelei wurden geringe Freiheitsstrafen verhängt.

Soll jetzt die Republik Herrn Mussolini jenen schmachvollen Liebesdienst erweisen, den das Kaiserreich dem Zaren vergeblich zu erweisen versucht hat?

Der neue Fall liegt insofern noch toller als der alte, als ein Strafantrag Italiens, wie aus der Meldung hervorgeht, überhaupt noch gar nicht vorliegt. Wird die Deutsche Republik Herrn Mussolini erst um einen Strafantrag bitten, damit sie die mutigen bewundernswerten Vorkämpfer der italienischen Freiheit in das Gefängnis sperren darf? Was sagen unsere „Nationalen“ zu solcher nationaler Erniedrigung?

Es bleibt nur die Hoffnung, daß sich die Meldung der Telunion als falsch erweist. Es ist eine Forderung des politischen Anstandes und der Gerechtigkeit, daß sie nicht wahr sein darf!

Hochverratsverfahren aus 1923.

Ein Kommunist in Thüringen dienstentlassen — aber Fricke konnte Minister werden!

Weimar, 20. November. (Eigenbericht)

Die Weimarer Dienststrafkammer verhandelte heute gegen den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Dr. phil. Neubauer, der im Herbst 1923 als Staatsrat Mitglied der aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehenden thüringischen Regierung war. Kurz vor der Befreiung Thüringens durch die Reichswehr im Herbst 1923 fand man bei Neubauer, der damals als vortragender Rat mit dem Titel Oberregierungsrat amtierte, einen Angriffsplan zur Ueberrumpelung der Landespolizeikaserne in Weimar. Das jetzige Dienststrafverfahren legt ihm zur Last, daß er als Regierungsmitglied Kenntnis von diesem Plan besaß, es aber unterlassen habe, Anzeige zu erstatten. Ferner wird er beschuldigt, als Staatsbeamter im Herbst 1923 tätigen Anteil an den illegalen Bestrebungen der SPD. genommen und ihre hochverräterischen Absichten in Thüringen gebilligt zu haben. Nach langen juristischen Erörterungen über die Fragen der Immunität und Amnestie, die im vorliegenden Falle in Betracht zu ziehen, das Gericht ablehnte, konzentrierte sich die Verhandlung auf die Frage: War der Besitz des Angriffsplanes auf die Polizeikaserne unter den damaligen Verhältnissen als Vorbereitung zum Hochverrat aufzufassen? Der Berichterstatter verlas zur Kennzeichnung der Situation in Thüringen 1923 den Bericht des damaligen Stabschefs der 3. Kavallerie-Division, Oberst a. D. von Vinonius, über die proletarischen Hundertschaften.

Der Vertreter des Angeklagten, Rechtsanwalt Dierhoff, verlangte, daß Neubauer von der von der jetzigen thüringischen Regierung seiner Amtsverschwiegenheit entbunden und ihm Gelegenheit gegeben würde, sich ausführlich über die damalige Lage äußern zu können. Das Gericht lehnte diesen Antrag ab. In der umfangreichen Beweisaufnahme erklärte der als Zeuge anwesende Oberst a. D. v. Vinonius, daß sein Bericht nur Tatsachenmaterial enthalte.

Auf eine Frage Neubauers bemerkte er, daß die Reichsgefängnisse

1923 nicht auf Veranlassung der thüringischen Regierung erfolgt sei, daß auch keine Gefahr eines faschistischen Einmarsches von Bayern aus bestand (?) und demzufolge sich auch die Abwehr nicht nach dieser Stelle hin gerichtet habe. Neubauer verteidigte sich damit, daß der Angriffsplan ohne sein Wissen unter sein Aktenmaterial geschmuggelt worden sei, wahrscheinlich von Kommunisten, die auf seine Immunität als Abgeordneter vertrauten. Der Plan selbst ist dann im Jahre 1924 aus dem Büro des thüringischen Landtages verschwunden. Sämtliche Zeugen beschwören aber die Identität der von dem Plan erhalten gebliebenen Photographien mit dem Original.

Das Urteil, das in später Abendstunde verkündet wurde, lautete auf Dienstentlassung. In der Begründung wurde ausgeführt, daß der Besitz des Planes unter den damaligen Verhältnissen Vorbereitung zum Hochverrat gewesen sei. Die proletarischen Hundertschaften seien zu jener Zeit auch mit zum Zwecke der Abwehr des Faschismus geschaffen worden, sicher aber auch zu dem der SPD. vorvorgesehenen Zwecke, die Verfassung Thüringens gewaltsam zu ändern. Was hätte sonst die sogenannten legalen Hundertschaften bewegen können, die Polizeikaserne zu stürmen? Es sei erwiesen, daß Neubauer um die Wichtigkeit des Planes gewußt und nachher versucht, die Folgen des mißglückten Anschlages von sich abzuwälzen. Soamte, die in dieser Weise sich gegen den Staat, dem sie den Treueid geleistet haben, vergehen, könnten nicht erwarten, daß sie weiter als Staatsbeamte beschäftigt würden.

Das Urteil erhält seine besondere Bedeutung dadurch, daß der Hochverräter Fricke, der wegen vollendeten Hochverrats bestraft worden ist, in Thüringen Minister werden konnte, obgleich er seinen Treueid gebrochen hatte! Hier tritt eine Ungleichmäßigkeit des Rechts zutage, die zum Himmel schreit!

Wieder Unschuldslämmer!

Nationalsozialistische Totschläger vor Gericht!

Hagen in Westfalen, 20. November. (Eigenbericht)

Am 28. Mai richtete hier ein Trupp auswärtiger SA-Leute ein tatsächliches Blutbad an. Kurz nach Schluß einer nationalsozialistischen Versammlung wurden ohne jeglichen Anlaß in der um diese Zeit sehr belebten Mittelstraße eine Anzahl Schüsse abgegeben, durch die zahlreiche Personen, die meisten von ihnen durch Bauchschüsse, verletzt wurden. Drei Männer büßten ihr Leben ein. Lange Zeit schwebte das Ermittlungsverfahren, bis es endlich gelang, mehrere Nationalsozialisten in Dortmund zu verhaften, die der Wulst dringend verdächtig waren und zum Teil ein Geständnis ablegten. Diese haben sich nunmehr wegen Totschlags in drei Fällen und wegen gefährlicher Körperverletzung in zwölf Fällen vor dem hiesigen Schwurgericht zu verantworten. Für die Verhandlungen des am Montag beginnenden Prozesses sind fünf Tage vorgesehen.

Neue Hoffnung im Rat.

Einigung über Entsendung einer Kommission.

Paris, 20. November. (Eigenbericht)

In der Frage, ob der Rat zur Regelung des Konfliktes bei dem Artikel 11 des Völkerbundespatentes bleiben oder den Artikel 15 heranziehen soll, einigte sich der Rat dahin, bei dem Artikel 11 zu bleiben, da das Verfahren des Artikels 15 sehr langwierig ist und den Völkerbundsrat in die unangenehme Rolle eines Richters über beide Parteien versetzen würde. Der englische Außenminister Sir John Simon trat dafür ein, daß,

wenn auf Grund des Artikels 11 keine Regelung zustande komme, der Völkerbundsrat in einem Bericht klar und deutlich seine Unfähigkeit, den Konflikt beizulegen, zum Ausdruck bringen müsse. Staatssekretär von Bülow schloß sich dieser Ansicht an.

Weiter legte sich Bülow dafür ein, daß zunächst eine Art Waffenstillstand zwischen den beiden kämpfenden Parteien geschlossen werde und eine Untersuchungskommission nach China zu entsenden; ihren Vollmachten wären auf Grund des Artikels 11 keinerlei Grenzen gesetzt. Sie soll sich zunächst mit der Sicherheit in ganz

China beschäftigen. Man hofft, daß schon die Anwesenheit dieser Kommission eine Entspannung herbeiführen und den Krieg beenden wird.

Japan soll bereit sein, mit der Räumung der Mandchurien zu beginnen, sobald „Ruhe und Ordnung wiederhergestellt sind.“

Die Forderung nach Anerkennung der Verträge durch China hält Japan nach wie vor, aber nicht als Vorbedingung für die Entsendung der Kommission. Die Stimmung ist daraufhin wieder etwas optimistischer geworden und man hofft, daß China mit der Entsendung der Kommission einverstanden sein wird.

Rußland bleibt friedlich.

Moskau (über Romno), 20. November.

Die russische Antwort an Japan besagt, die Sowjetregierung beschlichte nicht, sich in den japanisch-chinesischen Konflikt einzumischen; habe jedoch alle Veranlassung zu schweren Besorgnissen um die chinesische Ostbahn. Die rote Seite hervor, daß die Gerüchte über eine russische Unterstützung des Generals Ma von japanischen Militärstellen verbreitet worden sind.

Hochverräter Alfons.

Urteil der Volksvertretung.

Madrid, 20. November. (Eigenbericht)

Das Parlament als Staatsgerichtshof hat den ehemaligen König Alfons XIII. des Hochverrats schuldig gesprochen, dauernde Landesverweisung und Beschlagnahme seines gesamten noch in Spanien verbliebenen Vermögens sind die Folgen.

Als einziger Verteidiger trat der alte liberale Exminister Graf Romanones auf. Romanones wurde aufmerksam angehört, vermochte aber die Unterstüßung der Diktator Primo de Riveras und den damit sanktionierten Verfassungsbruch nicht zu erschüttern. Daneben spielte das Marokkoabenteuer von 1921 eine große Rolle. Damals hatte der König freischützlich dem kommandierenden General Silvestre die Erlaubnis, wenn nicht gar den Befehl, zu einem verbrochenen leichtsinnigen Vormarsch in das Gebiet Abd el Krims gegeben. Dieser Vormarsch endete mit der Katastrophe von Anoual und der Uebergabe der Festung Monte Trovati an die Rabaten. Damals wurde ein ganzes kriegstarkes spanisches Korps vernichtet und die Grundzüge zu der Nacht Abd el Krims gelegt, der erst fünf Jahre später endgültig niedergeworfen werden konnte.

Seiffert jenseits der Grenze?

Vor wenigen Tagen noch 150 000 Mark flüssig gemacht!

Die letzten Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und der Polizei über das plötzliche Verschwinden des Direktors Seiffert der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz lassen bereits jetzt mit ziemlicher Klarheit erkennen, daß Seiffert ins Ausland geflüchtet ist. Man glaubt nicht recht an die angeblichen Selbstmordabsichten Seifferts, denn der Flüchtige ließ vor wenigen Tagen 150 000 M. abheben, welche Summe er zum großen Teil bei sich tragen dürfte.

Von den Grenzstellen, die sämtlich durch Polizeikontrollen von der Flucht Seifferts in Kenntnis gesetzt wurden, ist bisher keine Meldung über das Auftauchen des Geflüchten eingelaufen. Die Hoffnung, ihn beim Grenzübertritt zu fassen, ist sehr gering. Seiffert hatte einen zu großen Vorsprung und es ist sehr wahrscheinlich, daß er zu der Zeit, als man sich in Berlin über den Steckbrief und über den Erlaß eines Haftbefehls schlüssig wurde, lange die Grenze hinter sich hatte. Bekannte Seifferts glauben, daß er sich nach der Schweiz gemandt hat.

Der Herr Bankdirektor lebte nach den neuesten Feststellungen weit über seine Verhältnisse.

Die Unterhaltung der Villa in der Augustastr. 23 in Lichterfelde kostete viel Geld und auch sonst hatte Seiffert sehr noble Passionen, die mit seinem Einkommen nicht in Einklang zu bringen waren. Außerdem soll S. bei Oranienburg ein Landgut und bei Rheinsberg sogar ein Rittergut besitzen. Die Nachforschungen

der Behörden über die Besitzverhältnisse sind aber noch nicht abgeschlossen. Gerade in den letzten Monaten war es aufgefallen, daß die zusammengebrochene Bank eine ungewöhnliche Propaganda entfaltet. Filialen schossen in allen Stadtteilen wie Pilze aus der Erde. Wo sich nur in einer geschäftreichen Gegend ein leerer Laden bot, trat die Grundbesitzerbank auf den Plan und baute die Räume aus. Bedauerlicherweise haben sich gerade in der letzten Zeit nahezu 2000 neue Kunden, meist Hausbesitzer, Lehrer und auch kleine Beamten einstellen lassen, die ihre Spargroschen bei der Bank gut aufgehoben glaubten, und nun eine furchtbare Enttäuschung erleben.

Die Staatsanwaltschaft ist bemüht, das umfangreiche Buchermaterial schnellstens zu überprüfen. Mehrere Revisionsbeamte arbeiten ununterbrochen an den Büchern und man hofft bereits heute mittag soweit zu sehen, daß man erklären kann, inwieweit noch andere Personen an dem Zusammenbruch Schuld tragen.

Stadt Berlin nicht geschädigt.

Die Zahlungseinstellung der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz u. S. hat auf die Stadt Berlin und ihre Institute keinerlei Rückwirkung, da die Stadt an dieser Bank in keiner Weise beteiligt ist. Ein Guthaben des Berliner Pfandbriefamtes — das übrigens eine völlig selbständige unter Aufsicht des Magistrats stehende Einrichtung ist — bei der Hausbesitzerbank ist durch pfandweise Sicherstellung mittels eines wesentlich höheren Be-

trages von Goldpfandbriefen gesichert, so daß aller Voraussicht nach ein Verlust nicht eintritt. Die aktienmäßige Beteiligung, die seit Jahren in der Bilanz des Berliner Pfandbriefamtes schon auf den Wert von 1 M. abgeschrieben ist, ist allerdings gefährdet. Ein bilanzmäßiger Verlust tritt auf Grund der erwähnten Abschreibung hinsichtlich der nominell 100 000 M. betragenden Beteiligung also nicht ein.

Die Depotunterstellungen bei dem Bankgeschäft Marcus u. Co. in der Jägerstraße, die annähernd 4 1/2 Millionen betragen sollen, haben jetzt zu einem Verfahren der Staatsanwaltschaft gegen die Inhaber des Bankgeschäftes wegen Verdachts der Depotunterstellung geführt. Am 5. Oktober dieses Jahres hatte das Bankgeschäft plötzlich die Zahlungen eingestellt. Ein Vergleich scheiterte und das Unheil nahm seinen Lauf.

Mutter und Kind in den Tod.

Berzweifelte Frau tötet sich und ihr Töchterchen.

Not und Verzweiflung trieben die 31 Jahre alte Frau Lina Büttner mit ihrer acht Jahre alten Tochter Anni in den Tod.

Frau Büttner wohnt im 2. Stock des Seitenflügels in der Arndtstraße 18. Hausbewohner hatten seit Sonnabend die Frau nicht mehr gesehen und das Kind war nicht zur Schule gegangen. Die Polizei öffnete am Freitagmorgen die Tür und fand beide im Wohnzimmer auf dem Ruhebett liegend tot auf. Auf dem Tisch stand eine Tasse, in der noch ein weißliches Pulver war. Anscheinend hat die Frau für sich und das Kind eine größere Dosis zubereitet, und diesen schweren Schlaftrunk eingenommen. Frau Büttner war bis vor drei Jahren noch als Hausmädchen im Westen Berlins in Stellung. Sie gab dann diesen Posten auf, um ihre Tochter, die bei der Großmutter in Ostpreußen war, zu besuchen. Vor zwei Jahren kam sie wieder nach Berlin zurück. Seit der Zeit ging es ihr sehr schlecht. Sie konnte keine Arbeit mehr finden. Dazu kam noch, daß sie schwermütig veranlagt war. Sie konnte es nicht überwinden, daß ihr früherer Verlobter, der Vater des Kindes, sie verlassen hatte und eine andere Frau geheiratet hatte. Der Tod muß bereits vor mehreren Tagen eingetreten sein. Die Leichen wurden beschlagnahmt und ins Schauhaus gebracht.

Selbstmordversuch bei Schultheiß-Pagenhofer.

In einem Verzweiflungsanfall brachte sich gestern nachmittag die 42 Jahre alte Witwe Adele Graf aus der Kastanienallee in der Zentrale des Schultheiß-Pagenhofer-Konzerns in der Koanstraße 6/8 aus einer Pistole einen lebensgefährlichen Schuß in die Herzgegend bei. Die Unglückliche fand in der nahegelegenen Charité Aufnahme.

Frau G. hatte von der Brauerei in der Kastanienallee ein Restaurant gepachtet. Infolge schlechten Geschäftsganges war Frau G. mit ihren Zahlungen an die Brauerei in Rückstand geraten und vor einiger Zeit war ihr aus diesem Grunde der Defuzionsvertrag gekündigt worden. Gestern verlor Frau Graf durch eine Rücksprache mit der Direktion die Kündigung rückgängig zu machen und für ihre Zahlungsverpflichtungen Aufschub zu erhalten. Frau Graf mußte sich einige Zeit im Wartezimmer aufhalten, da das betreffende Direktionsmitglied durch eine andere Unterredung gerade verhindert war. Als ein zweiter Besucher das Wartezimmer betreten hatte, zog Frau Graf in sichtlich Erregung plötzlich eine Pistole hervor, setzte den Lauf gegen die Brust und drückte ab. Schwerverletzt wurde Frau Graf in die Charité gebracht, wo sie bedenklich darniederliegt.

Billiger Sonnabend im Zoo. Am heutigen Sonnabend kostet der Eintritt in den Zoologischen Garten bereits von 12 Uhr mittags ab nur 50 Pf. für Erwachsene und 25 Pf. für Kinder; dieselbe Ermäßigung gilt für das Aquarium.

Kasperle in der Schule

Die Gustav-Stresemann-Schule in Adlershof zeigte in einer Zeichenausstellung die Ergebnisse dieses Unterrichts. Eine Fülle von Arbeiten aus den verschiedensten Gebieten des Kunstunterrichts, Erfolge in Wettbewerben, Arbeiten von Studienfahrten gaben einen Überblick über die Arbeit des letzten Jahres. Auch diese Ausstellung gibt einen Einblick in moderne Erziehungsarbeit, die die schöpferischen Kräfte der Schüler als Ausgangspunkt für ihre pädagogischen Ziele nimmt. Auch hier zeigt sich, wie der Zeichenunterricht der Schularbeit neue Wege weist.

Die Ausstellung litt etwas unter Zuspätkommen an Arbeiten. Beschränkung auf die wirklich guten und für Schüler charakteristischen Zeichnungen wäre besser gewesen. Wenn nun einmal die Öffentlichkeit eingeladen wird, erscheint es nicht zweckmäßig, unbedingt von jedem Schüler etwas auszustellen. Es war auch etwas „lieblos“ gehängt; die einzelne Zeichnung kam nicht zur Geltung. Es fiel auf, daß von älteren Schülern viel Karikaturen gezeichnet wurden, die gute Kinderzeichnung wirkt zwar auf den Erwachsenen oft als Karikatur, ist aber nie als solche vom Schüler beabsichtigt, sondern mit heiligem Ernst wird versucht, die Natur wiederzugeben. Karikaturen von Kindern sind meistens mehr oder minder geschickt irgendwelchen Vorbildern nachgeahmt. Und das zeigte sich auch hier. Auch die großen Wanddekorationen in der Aula hatten etwas davon, wenn-

gleich sie als Rahmen für das lustige Kasperlestück dem Raum eine festliche Note gaben. Das Puppentheater, von Schülern selbst verfaßt, war Höhepunkt der Ausstellungsöffnung. „Kasperle als

Das Puppentheater in der Gustav-Stresemann-Schule.



Sterndeuter und Wahrjäger“, der den König betrügt, zum Tode verurteilt wird und schließlich als Sieger und Held daherkommt, wird zu einem kurzweiligen, die Zuschauer mitreißenden Theaterstück. Die Schüler als Dichter, Regisseur, Schauspieler, Puppenverfertiger, Bühnenmaler, Beleuchter usw. haben gemeinsam eine Arbeit geleistet, deren erzieherischer Wert nicht hoch genug veranschlagt werden kann.



Walter sitzt angezogen an seinem Tisch. Er sieht grau und übernächtigt aus. Teilnahmslos blickt er den Eintretenden entgegen.

Der eine Beamte tritt auf ihn zu. „Herr Loriot, Sie sind heute Nacht in die Wohnung des Direktors Spruther eingedrungen, haben die Sicherungen herausgeschraubt, das Telefon abgedreht, sind in das Zimmer des Sohnes eingedrungen und haben Ihren Freund mit dem Revolver bedroht!“

Der junge Mensch sieht schweigend vor sich nieder. „Aber das ist doch Unsinn! Ich bin selbst gestern mit ihm in sein Zimmer gegangen, und wir haben noch bis Mitternacht geplaudert“, sagt Germaine.

Aber Walter sieht sie müde an. „Das stimmt schon, Schwesterchen, das stimmt schon. Aber leider stimmt das andere auch!“ Er lachte bitter.

Rechts fährt er zusammen, als sich plötzlich die Tür öffnet und die Mutter eintritt. Mit einem Blick scheint sie die ganze Sachlage zu erfassen. Verstört tritt sie auf den Sohn zu.

„Walter, um Gottes willen! Was ist geschehen! So sprich doch!“ Sie hat ihre Selbstbeherrschung ganz verloren und packt ihn erregt bei den Schultern.

Auch der eine Kriminalbeamte tritt auf den zusammengeknickten jungen Menschen zu.

„Ja, folgen Sie Ihrer Frau Mutter, Herr Loriot, sprechen Sie sich aus, sagen Sie uns die Wahrheit! Sie ersparen uns und sich selbst eine weitere Vernehmung auf der Polizei.“

Walter hob den Kopf. „Ich leugne gar nichts, denn das wäre ja Blödsinn. Es stimmt schon alles, was Sie sagen!“

Frau Loriot schrie laut auf. Aber Germaine stellte sich an die Seite des Bruders.

„Walter ist kein Verbrecher, Mutter, da kannst du wirklich beruhigt sein! Er wird schon seinen Grund gehabt haben,

wenn er seinem fauberen Freund einen Schreck eingejagt hat. Ich gönns ihm — ich konnte ihn nie leiden! Er hat Walter genug belogen. Erst gestern Abend hat er mir wieder von ihm erzählt!“

„Das Schlimmste weist du noch gar nicht, Germaine! Er hat mich auch bestohlen!“

Die Beamten tauschten ein verstohlenes Lächeln. „Was hat Ihr Freund Ihnen denn gestohlen? Herr Loriot!“

Walter sah mit zusammengepreßten Lippen von einem zum andern.

„Ich glaube, Sie machen sich über mich lustig, meine Herren“, sagte er, „und vielleicht haben Sie recht damit. Heute würde ich es wohl auch anders anpacken! Aber die Enttäuschung heute Nacht war zu groß! Ich war überhaupt nicht mehr ich selbst!“

„Aber so sprich doch endlich!“ drängte Frau Loriot.

Der Junge nahm eine Anzahl von eng beschriebenen Altkarten und Zeichnungen, die vor ihm auf dem Tisch lagen, zur Hand. Dann reichte er sie seiner Schwester.

„Ich will Ingenieur werden, meine Herren“, sagte er leise. „Die Maschinen sind meine größte Freude. Und nun arbeite ich seit Monaten an einer Sache — es handelt sich um eine Erfindung, die die Geschwindigkeit der Torpedos an den Unterseebooten betrifft und auf dem magnetischen Feld der Kräfte beruht. Hier sind die Zeichnungen und die Berechnungen.“ Er deutete auf die Blätter in der Hand Germaines.

„Nur war der einzige, der davon wußte. Ich traute ihm oft nicht, aber er heuchelte immer wieder eine solche Begeisterung, bis ich ihm alles zeigte und erklärte. Gestern früh habe ich den letzten Federzug getan, heute wollte ich alles an die Oberste Heeresleitung absenden, um es von Fachleuten prüfen zu lassen. Und heute Nacht, als Germaine gegangen war, wollte ich nochmals alles durchsehen und mich daran freuen.“ Er warf den Kopf in beide Hände.

„Als er gestern Abend hier war, da hat ihn Germaine allein in mein Zimmer gehen lassen, weil er sagte, er wollte mir eine Weihnachtsüberbrückung auf den Tisch stellen. Diesen Augenblick hat er benutzt, um mir die Arbeit zu stehlen. Er allein wußte, wo sie in meinem Schreibtisch lag. Er hat auch die ganzen Vorarbeiten mitgenommen — alles! Als ich das erste Erstickende überwunden hatte, da blieb mir nur noch der eine Gedanke, sofort hinzugehen und mein Eigentum wieder zu holen.“

„Aber warum haben Sie die Sicherungen herausge-

schraubt und die Telefonleitung durchschnitten wie ein Räuberhauptmann! Das war eine kolossale Dummheit von Ihnen!“

„Ich fürchtete, es könnte jemand aufwachen und die Polizei benachrichtigen. Dagegen wollte ich mich sichern — wenigstens so lange, bis ich die Arbeit wieder hatte!“

„Und weshalb nahmen Sie einen Revolver mit, Herr Loriot!“

Das Gesicht Walters verzerrte sich. Er sprang auf und stieß erregt den Stuhl zurück.

„Niederrücken wollte ich ihn, den Lumpenkerl, der mich so hinteres Licht geführt hatte! Aber als ich ihn dann sah, in seinem Bett — sein Gesicht war so weiß wie sein Kopfkissen, dieser Feigling, vor Angst konnte er kein Wort herausbringen. Er deutete bloß mit den Armen auf seinen Schrank — in seiner Hutschachtel hatte er mein Eigentum versteckt. Da packte mich der Ekel. Nicht einmal eine Ohrfeige konnte ich ihm geben.“

Frau Loriot weinte vor sich hin. Aber Germaine schlang ihren Arm um den Hals des Bruders.

„Du hast ganz recht gehabt, Wäiti, jeder Mensch wird das begreifen können, was du getan hast!“

„Leider sind wir aber benachrichtigt worden“, sagte der eine Beamte halbblau. „Herr Direktor Spruther hat die Polizei angerufen und Anzeige wegen Einbruch, Sachbeschädigung und Bedrohung erstattet. Er sagt, sein Junge habe sich nur einen harmlosen kleinen Scherz machen wollen. Sie hätten doch wahrhaftig warten können bis zum Morgen. Dann wäre Gelegenheit genug gewesen, zu Ihrem Freund zu gehen und Ihre Arbeit wieder einzufordern!“

Aber Walter schüttelte erregt den Kopf.

„Das ist kein Scherz gewesen, sondern eine Gemeinheit! Das hätte er nicht tun dürfen, gerade das nicht! Bedenken Sie doch, wenn ein Freund Ihnen wochen- und monatelang seine größte Interesse, seine Bewunderung ausdrückt, wenn er an allem teilnimmt, wenn er Sie anspornt und vorgibt, fest von dem Erfolg dieser Arbeit überzeugt zu sein — und dann plötzlich so etwas! Nein, das ist niemals wieder gutzumachen! Aber ich hätte ihm niemals vertrauen sollen — es ist mein eigener Fehler gewesen!“

Der zweite Beamte, der bis dahin bei Frau Loriot gestanden hatte, nahm einen Stuhl und setzte sich neben Walter. Dann ergriff er seine Hand.

(Fortsetzung folgt.)

Schweres Verkehrsunglück.

Lastauto gegen Baum gerast. — Ein Toter, vier Verletzte.

In Wilhelmshagen an der Straße nach Erkner ereignete sich gestern Abend ein folgenschweres Verkehrsunfall, das ein Todesopfer und mehrere Verletzte forderte.

An der Chausseefreuzung Fürstenwalder und Wilhelmstraße geriet ein mit zwei Personen besetztes Motorrad plötzlich in die Fahrbahn eines Lastautos. Der Führer des schweren Fahrzeugs wollte einen Zusammenstoß unter allen Umständen vermeiden; er steuerte scharf nach rechts, verlor dabei aber die Herrschaft über die Steuerung und prallte mit großer Wucht gegen einen Baum. Auch das Motorrad wurde von dem Lastauto noch erfasst und zertrümmert. Der 41 Jahre alte Führer des Lastautos, Emil Wolf aus der Rahnsdorfer Str. 26 in Friedrichshagen, stieg mit dem Kopf durch die Windschutzscheibe und wurde auf der Stelle getötet. Zwei Mitfahrer erlitten erhebliche Kopf- und Armverletzungen. Besonders schlimm erging es noch dem Motorradfahrer, der mit einem Schädel- und Oberschenkelbruch ins Köpenicker Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Sozius des Motorradlers kam wie durch ein Wunder mit leichten Verletzungen davon. Beide Fahrzeuge mußten durch die Feuerwehr abgeschleppt werden.

Der Todeschuß auf die Tante.

Ein Jahr Gefängnis wegen Totschlags.

Das Landgericht I verurteilte den 33jährigen Kaufmann H., der am 4. Juli d. J. seine Tante, die 60jährige Inhaberin einer Pension im Westen durch einen Schuß tötete, wegen Totschlags zu einem Jahr Gefängnis.

Das blutige Drama, das sich am 4. Juli in der Kanistraße abgepielt hat, wird erst aus der Persönlichkeit der Toten verständlich. Sie gehörte zum Typus der herrschsüchtigen, hysterischen alten Damen, die ihre Wohlhabenheit die armen Verwandten fühlen lassen und deren Unterstützung mit Demütigung und Selbstverleugnung erkaufen muß. Ihre Nichte, eine kaufmännische Angestellte, die Tochter eines verstorbenen Bruders der Frau B., verstand es nicht, sich mit der Tante zu stellen und die materielle Hilfe, die sie ihrer Mutter und den Geschwistern leistete, mit der „Freundschaft“ zu entlohnen, die diese alte Frau forderte. Das gespannte Verhältnis übertrug sich auch auf den Bräutigam der Nichte, H., der seine gutbezahlte Stellung in Hannover verlassen hatte und die ihm versprochene Abfindungssumme nicht schnell genug erhalten konnte, ging die Tante trotz des gespannten Verhältnisses um 2000 Mark an, deren er zur Beteiligung an einem Unternehmen benötigte, bekam auch das Geld und wollte es am 1. Juli d. J. zurückzahlen.

Am 20. Juni heiratete H. und begab sich mit seiner jungen Frau in ein Ostseebad, um dort seine Fittlermochen zu verbringen. Seinen Kompagnon hatte er schriftlich gebeten, nur ja nicht zu verzeihen, am 1. Juli das Geld an Frau B. zu überweisen. Als das Geld nicht gezahlt wurde, ließ Frau B. den H. telegraphisch zurückrufen. Gegen Mittag des Tages, an dem er zurückgekehrt war, suchte H. Frau B. auf und traf hier seine Frau und seine Schwiegermutter. Die Tante schlug seine hingestreckte Hand aus und herrschte ihn an, er wisse doch, daß es eine Staatsanwaltschaftsache sei. Als H. ihr zurief, sie soll doch daran denken, daß sie eine Verwandte sei, schrie diese, zur Ehefrau gemandt: Solch einen Kerl hast du geheiratet, der ist noch schlimmer als mein Mann, beschimpfte und streifte mit H. fortgesetzt und plagte schließlich mit dem der jungen Frau unbekanntes Geheimnis heraus, daß ihr Mann auch schon ein uneheliches Kind habe. Jetzt sprang H. auf, ließ mit einem Revolver in der Hand auf die Tante zu. Im nächsten Augenblick trachte der Schuß.

Der Angeklagte erklärte vor Gericht, daß er wegen der Demütigungen und Beschimpfungen, denen er in Gegenwart seiner Ehefrau von der Tante ausgesetzt worden sei, den Kopf verloren und die Waffe nur zur Drohung gegen die Tante gezogen habe. Der Schuß sei wohl losgegangen, als diese mit dem Kopf gegen den Lauf gestoßen habe. Er habe nicht die Absicht gehabt, seine Tante zu töten. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis wegen Totschlags; das Gericht erkannte auf Tötungsabsicht und folgte dem Antrage des Staatsanwalts.

Frauen wollen Frauen helfen.

In der Nordstraße 79 hat der Verein „Frauenberatung für Rechts-, Ehe- und Sexualfragen“ vor kurzem seine Hauptgeschäftsstelle eingerichtet; da sitzen eine Kertze, eine Juristin und eine Heilpädagogin für schwer erziehbare Kinder, alle drei wollen sie auf Grund ihres Wissens als Frau zur Frau sprechen, ihr beraten, trösten und vor allem aufklärend zur Seite stehen. Die hängt des einzelnen Menschen, oder auch seiner ganzen Familie Glück nur an einem Seidenfaden, auf der anderen Seite bedarf es aber wieder auch nur einer Kleinigkeit, den häuslichen Frieden wieder herzustellen. Weitens die meisten

Schünning bleibt unvereidigt

Früherer Stadtkämmerer Dr. Lange als Zeuge

Die Brüder Sklarek sind gestern aus der Refektorie, die sie bei der Vernehmung des Oberbürgermeisters Böß noch gewahrt haben, herausgetreten und zum Angriff übergegangen, nicht ohne Erfolg. Der frühere Stadtrat Schünning blieb unvereidigt wegen Verdachts der Teilnahme an dem zur Verhandlung stehenden Verbrechen. „Sie können von Glück sagen, daß ich Sie nicht vereidigt habe“, sagte der Vorsitzende.

Der frühere Stadtrat Schünning und späterer Direktor der Behafa hat übrigens für Dienste, die er der Firma Sklarek geleistet — so hatte er sich z. B. dafür eingesetzt, daß ihnen die Belieferung der Berliner Straßenbahn belassen werde — im ganzen 10000 Mark erhalten. Die Gebrüder Sklarek konnten triumphieren. Ihre von Anfang an aufgestellte Behauptung von dem Kieburgschen Diebstahl, das sie übernommen haben wollten, hat sich als richtig erwiesen.

Auch der nächste Zeuge, der Obermagistratsrat Schindler, Mitglied des Aufsichtsrats der B&O, und der Hauptprüfstelle, war gezwungen, auf Willi Sklareks Vorhalt über ein mit ihm geführtes Gespräch die Möglichkeit zuzugeben, daß auch er von dem Defizit und von dem Deckenlieferungsvertrag gewußt habe. Im Dezember 1927 soll Schuldner Sklarek gesagt haben: Na, Sie haben ja einen schönen Deckenlieferungsvertrag bekommen. Worauf Willi Sklarek erwidert haben will: Ich danke für derartige Beiträge. Ein sauberer Herr, der Herr Kieburg, nun haben wir wieder sein Defizit übernehmen müssen.

Der Hauptzeuge der Nachmittagsitzung war der frühere Berliner Stadtkämmerer Dr. Lange. In seine Amtszeit fielen die wichtigsten Verträge mit Sklarek, auch der berühmte Monopolvertrag vom 4. April 1929. Er will von diesem Vertrag nichts gewußt haben; bei den Tausenden von Verträgen, die bestanden, habe er über ihn auch nicht näher Kenntnis erhalten können. Wohl weiß Dr. Lange aber Bescheid über ein Darlehen in Höhe von 500 000 Mark, das die Firma Sklarek von der Stadt Berlin mit der Begründung haben wollte, daß sie geschädigt worden sei. Er habe das Darlehen abgelehnt. Während seines Urlaubs hatte jedoch sein

Vertreter, der Stadtrat Wege, den Sklareks ein solches in Höhe von 300 000 Mark versprochen. Lange wollte seinen Kollegen nicht bloßstellen, der Magistrat entschied bejahend, der Ausschuss beschloß, das Darlehen zu geben. Daß Sklareks damals bereits der Stadt 350 000 Mark schuldeten und diese Schuld immer wieder gestundet wurde, davon will der Stadtkämmerer nichts gewußt haben. Interessantes kann aber der Zeuge über den verstorbenen Direktor der B&O, Kieburg, aussagen. Als sich bei der Bilanzstellung ein großer Fehlbetrag ergab, hat er die Frage angeregt, ob Kieburg nicht regreßpflichtig zu machen sei. Auch eine strafrechtliche Verantwortung ist in Erwägung gezogen worden. Man kam jedoch zu dem Ergebnis, daß trotz des schweren Verdachts unkorrekter Manipulationen Kieburg weder zivilrechtlich, noch strafrechtlich zu belangen sei. Der Zeuge hatte nicht den Eindruck, daß die Mitglieder des Ausschusses, zu denen u. a. Stadtrat Benede und Stadtrat Gaebel gehörten, sich aus anderen als aus sachlichen Motiven hätten lassen lassen, oder daß man geneigt gewesen sei, Kieburg aus Furcht vor Unannehmlichkeiten zu decken. Hier hat die Offenbar der Gebrüder Sklarek ein.

Willi Sklarek erinnert den Zeugen an ein Gespräch, das er mit ihm im Eden-Hotel bei einer Festlichkeit gehabt haben soll. Mag Sklarek habe ihm gesagt: Diese ganzen Verträge sind uns nur zum Nachteil. Wir können uns nur erholen, wenn wir einen Monopolvertrag bekommen. Der Angeklagte Gaebel erklärt in großer Erregung, daß er, Gaebel, im Ausschuss auf die strafrechtliche Verfolgung des Direktors Kieburg gedrängt und auch eine genaue Aufstellung über die Fehlbeträge gegeben habe. Bei der Erörterung der Teilnahme des Zeugen an mehreren von Sklarek gegebenen Festlichkeiten — es handelt sich im ganzen um drei solcher Fälle — kommt es zu den üblichen Ausfällen. Leo Sklarek ist wieder sehr erregt. Es wird festgestellt, daß in allen Fällen die Brüder Sklarek die Zechen bezahlt haben. Der Zeuge will der Ansicht gewesen sein, daß sein Freund, der Stadtverordnete Rosenthal, für ihn und für sich aus eigener Tasche die Rechnung begleichen habe.

Am Montag soll Bürgermeister Schölk vernommen werden.

Fälle sind allerdings schwieriger und der Hauptfeind Rot spielt dabei die ausschlaggebende Rolle; hier sind es Unterhaltsfragen, der Mann vertrinkt das Geld, die Frau weiß nicht, woher Brot für die Kinder nehmen, dort sind es geschiedene Eheleute, wo der Mann seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, das größte Kontingent der Benachteiligten stellen die unehelichen Kinder, deren Menschenrechte immer noch die denkbar unwürdigsten sind; arbeitsrechtliche Fragen spielen ebenfalls eine große Rolle, auf allen Gebieten ist aufklärende Beratung unendlich notwendig, vor allem naturgemäß auf dem der Sexualfrage, die trotz aller fortschrittlichen Bestrebungen unferer Zeit vielen Frauen noch immer ein Buch mit sieben Siegeln ist. Die Erziehungsberaterin will der Jugend, die aus irgendwelchen Gründen körperlicher oder seelischer Natur allzuwache Lebenskräfte besitzt, Führerin und Helferin sein.

Die Sprechstunden finden täglich — außer Mittwoch und Sonnabend — von 10 bis 19 Uhr statt, da dem Verein keinerlei besondere Mittel zur Verfügung stehen, kann die Beratung nicht ganz kostenlos erfolgen, doch besteht kein Tarif, jeder gibt sonnt oder so wenig er geben kann. Es wird alles mit der nötigen Diskretion behandelt, niemand braucht seinen Namen anzugeben.

Kampf gegen die Tuberkulose.

Anklage gegen System der staatlich konzess. Schulmedizin.

Wie sehr die Vorgänge im Lübecker Calmette-Prozess weite Kreise der Öffentlichkeit und besonders die Elternschaft erregt, zeigte sich in dem überaus starken Besuch einer Verammlung, die von der freireligiösen Gemeinde Bezirk Wedding am Vuhlag veranstaltet wurde. Dr. Kröner vom Tuberkulose-Helminthol Friedmann sprach über das Thema: War das Kindersterben in Lübeck notwendig?

Nur in einem System, das in seinen Grundfesten morisch ist, stellte Dr. Kröner fest, konnten sich solche Dinge wie in Lübeck ereignen. Die Anklage von Lübeck ist eine Anklage gegen das System der staatlich konzessionierten Schulmedizin. In diesem System mußte es einmal zu einer Katastrophe kommen, damit die wissenschaftliche Heberheißigkeit einmal weithin bloßgestellt wurde. Dr. Kröner schildert dann den Kampf gegen die Tuberkulose seit Robert Koch bis zur Entdeckung der Schilddrüsentuberkelbazillen durch Friedmann und dessen Sabotage durch die Schulmedizin. Ein Kampf, der oftmals die besten Formen annimmt. Und der Grund, sich gegen das Friedmann-Mittel zu wenden, sei nur der schnelle Heilerfolg des Mittels. Man hatte Friedmann gesagt: Wenn Sie die Tuberkulose mit zwei bis drei Spritzen heilen, dann werden Sie sich nie durchsetzen. Geben Sie den Deuten doch außerdem eine Anzahl Kochsalsprijzen, damit

die Kertze etwas verdienen. Der Jertum Calmettes besteht darin, zu glauben, sein Bazillus sei erdbeständig. Das sei auch der eigentliche Kernpunkt im Lübecker Prozeß, um den man leider herumgehe. Wenn der Calmette-Bazillus erdbeständig sei, dann hätte Dendke den Bazillus ruhig auf Eiernährboden züchten können statt auf dem vorgeschriebenen Kartoffelnährboden, der Bazillus dürfte sich nicht verändern. So sei der eigentlich Schuldige in dem Jertum Calmettes zu suchen.

In der Debatte meldeten sich auch einige durch Friedmann Gehetzte, die sich als praktischer Beweis für Friedmann vorstellten. Zum Schluß betonte Dr. Kröner, daß man sich selbstverständlich nicht mit der Heilimpfung zufrieden geben solle. Aber der Befreiungskampf der Arbeiterklasse könne besser geführt werden, wenn er von gesunden Menschen geführt werde. Der zustimmende Beifall der Zuhörer, die sich ausschließlich aus der Arbeiterklasse im Wedding zusammenfanden, war zugleich eine Sympathieerklärung für den Kampf Professor Friedmanns.

Filmstar aus dem Jenseits.

Gefängnis für spiritistische Film- und Betrugsexperimente.

Phantastische Schwindelnummer eines Schauspielers, der einer 70-jährigen zum Spiritismus neigenden Frau einredete, der Geist ihres Mannes werde in einem Film erscheinen, den sie finanzieren müßte, kamen vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zur Sprache.

Der 42jährige Schauspieler Benno Wistuba, der von Rechtsanwalt Dr. Arno Weimann verteidigt wird, ist wegen Betruges an Frau G. angeklagt. Er ist bereits wiederholt wegen Betruges verurteilt worden. Früher war Wistuba Zirkusartist, bis er sich durch verschiedene Stürze eine Krankheit zuzog, so daß er sich wiederholt in Heilanstalten aufhalten mußte. Im Jahre 1930 versuchte er, sich durch den Handel mit Graphiten zu ernähren, und lernte hierbei die alte Frau G. kennen, zu der er bald häufiger ins Haus kam. Sie habe ihn zum Spiritismus bekehrt, erzählte der Angeklagte heute seinem Richter. In der Wohnung gab es „ein Wohnzimmer, in dem der Geist ihres Gatten umging“. In dieses Zimmer durfte nur er eintreten, denn die Frau behauptete, der Geist ihres Mannes und der seines Freundes, des ermordeten Ministers Rathenau, hätten ihn, Wistuba, als Vorkörper bezeichnen. Dort wurden nun oft spiritistische Sitzungen abgehalten.

Frau G. bekam den Auftrag vom Geist ihres Mannes, einen Cheruskerfilm durch Wistuba herstellen zu lassen, in dem der Geist ihres Mannes die Rolle des Hermann übernehmen würde.

Auf diese Erzählungen des Angeklagten fragte der Vorsitzende: „Haben Sie denn Erscheinungen bemerkt?“ Angeklagter: „Erscheinungen nicht, aber Geräusche.“ Vorsitzender: „Geräusche kann doch jeder machen.“ Angeklagter: „Ich glaube, sie kämen aus einer anderen Welt.“ Jedenfalls nahm Wistuba den ehrenvollen Auftrag der Filmproduktion an, und fuhr in den Teutoburger Wald, um mit seiner Arbeit zu beginnen. Nun gab er vor Gericht ganz offen zu, daß er noch einmal den Versuch gemacht habe, zu filmen, sondern daß er unter den unwahrscheinlichsten Vorwänden sich ständig von Frau G. Geld schenken ließ. So kamen Briefe und Karten aus dem Teutoburger Wald, daß ein Blitzschlag 1000 Meter Film vernichtet hätte, und daß er selbst beim Retten der Apparate verletzt worden sei.

In ganz kurzer Zeit war der Film angeblich fertig, und er brauchte das Reisegeld, um ihn persönlich nach Amerika zu bringen. Dann kamen Briefe, in denen es hieß, die Amerikaner hätten bei der Uraufführung des Cheruskerfilms Donationen auf Deutschland und Schenkungen gegen England und Frankreich ausgebracht. Der Film werde als ein deutscher Triumph in ganz Amerika aufgeführt. Er wolle den Erfolg auswerten und andere Filme drehen, um Deutschlands Ansehen zu festigen. In langen Aussprachen mit dem „Heben Bernd“ habe er von ihm, dem Geist, erfahren, daß Frau G. ihn nicht im Stich lassen würde. Dann war Wistuba, der sich tatsächlich die ganze Zeit verstopft in

Fragen Sie Ihren Arzt,

und wenn Sie hören, daß Darmträgheit die Ursache Ihres Leidens ist, dann nehmen Sie Laxin, und Sie sind erlöst. Laxin ist das ideale Mittel zur Regelung des Stuhlganges und schmeckt wie das feinste Konfekt. Glas Dose 2 Laxin für 1.50 auch 24 mal.

Tragödie des Alltags

Martyrium einer Arbeiterfamilie — Der Tod auf der Straße

Wir berichteten gestern vom tragischen Tod des schwerkranken Arbeitlosen Wilhelm Schließ, der nach einem Ausgang auf der Straße einen Blusturz erlitt und kurz darauf einem Herzschlag erlag.

Dst scheint es, als hätte alles Leid der Welt sich gegen ein paar Menschen verschworen, um ihr kurzes Dasein zu einem großen Martyrium zu gestalten. Der Tod des jungen Wilhelm Schließ, dem ein jahrelanges, schweres Siechtum voranging, bedeutet nur ein Glied in der Leidenskette einer Familie, die aus geordneten Verhältnissen in allergrößter körperlicher, seelischer und wirtschaftlicher Bedrängnis geriet. Kaum war die Inflation beendet, da holte das Schicksal zu einem viel härteren Schlage aus. Der Ernährer der Familie, der als Schmied in einem großen Berliner Industrieunternehmen arbeitete, erlitt einen schweren Betriebsunfall (Schädelbruch); von langem Krankenlager erhob sich dann ein Mensch, der nur mehr der Schatten seiner selbst war. Aus einem gefunden, fröhlichen Arbeiter und lebensfrohen Menschen war ein schwächlicher, tränkender, rasch alternder Mann geworden, der seinen Arbeitsplatz einem gesünderen Kollegen abtreten mußte. Mit einer spärlichen Rente bedacht, war ihm nur leichte Gelegenheitsarbeit im Betrieb vergönnt. „Wie lange noch, und ich bin überhaupt drauß!“ lautet seine ständige, angstvolle Redensart. Aber auch damit war der Lebenskelch noch nicht erschöpft, jetzt wandte

sich das Unglück den Kindern zu. Die älteste Tochter starb im Alter von 26 Jahren an Schwindelkrampf. Ihr Bruder, ein fleißiger, begabter Mensch von 25 Jahren, der seit 3 Jahren infolge schwerer, offener Tuberkulose ans Bett gefesselt war, wanderte von einer Lungenheilstätte zur anderen, um jedesmal als hoffnungsloser Fall wieder heimzukehren; auch er bezog eine kleine Rente, ganze 8 Mark im Monat. Der starke Lebenswille riß den kranken Menschen immer wieder aus dem Bett, mit letzter Kraft schleppte er sich auf die Straße, wo ihn der tödliche Blusturz ertöte. Das dritte Kind, ein Mädchen in der Zwanzigermitte, zeigt auch bereits die Symptome des furchtbaren Leidens, immer häufiger muß sie vom Büro zu Hause bleiben, sie stützt ständig vor ihrem Abbau.

Die allgrößte Not ist ständiger Galt im Hause die winzigen Einnahmen an Rente und Verdienst reichen nicht her und nicht hin, die Mutter ist durch Aufregung und Entbehrungen inzwischen ebenfalls schwer krank geworden. Die Recherchen der Wohlfahrtsorganisationen stellen fest: die Leute haben eine 3-Zimmer-Wohnung mit guter Einrichtung, Vater und Tochter verdienen, außerdem beziehen sie Rente. Wie wenig die Einnahmen sind und wie es infolge der unglücklichsten Verhältnisse an dem Nötigsten fehlt, das hat sich jetzt durch den Unglücksfall erst offenbart. Das ist ein Fall von Hunderten, vielleicht Tausenden in Groß-Berlin, der zufällig an die Öffentlichkeit gelangte.

Warum keine Kreditverbilligung?

Zinsenkung auf normalem Wege. — Vor lauter Bäumen sieht man den Wald nicht!

Das Interessententum ist in Deutschland — auch gegenüber der Reichsregierung — so mächtig, daß man für die einfachsten Lösungen von wirtschaftspolitischen Fragen keinen Blick mehr hat.

Die Parole von der Produktionskostensenkung durch Lohnabbau geht von der Schwerindustrie aus, wo die Herren Flick, Thyssen und Otto Wolff den Wert ihrer Stahlvereinsaktien retten wollen — und der Lohnabbau wird in Deutschland gemacht. Die deutsche verarbeitende Industrie könnte durch radikale proinflationäre Aufhebung aller Kartellbindungen und durch Senkung der Einfuhrzölle sofort die Arbeitslosigkeit stark abbauen, aber der Einfluß der Schwerindustrie — auch in der Kanzlerpartei — macht den längst notwendigen Kartell- und Zollangriff unmöglich, und zwar wiederum, weil auch hier Großaktionäre für ihre Aktienpakete zittern. Genau so traurig ist es auf dem Gebiet der Bankpolitik bestellt, wo eine einprozentige Kreditverbilligung sofort eine Erleichterung von jährlich etwa 500 Millionen und eine zweiprozentige eine Erleichterung von jährlich einer Milliarde bringen könnte, — eine Wirkung, die ganz außerordentlich fruchtbar sein müßte, wenn sie gleichzeitig mit der Beendigung jedes Lohnabbaues und mit der radikalen Senkung der kartellgebundenen Preise einhergehen würde. Bisher aber hat der Einfluß des großkapitalistischen Interessententums bei der Reichsbürokratie und in der Reichsregierung alle solche Maßnahmen einfach unmöglich gemacht.

Hier soll nur von der Kreditverbilligung die Rede sein. Die Privatbanken berechnen heute die den Kreditnehmern zu zahlenden Zinsen nach dem Lombardfuß der Reichsbank, der 10 Proz. beträgt. Darauf schlagen sie ihre Provisionen in Höhe von 2 bis 3 Proz. jährlich, dazu kommen noch Sonderprovisionen für den Fall der Kreditverlängerung und der Kreditüberziehung.

So werden jetzt wenigstens 12 Proz. jeht häufig aber auch 14, 15 und 16 Proz. für Kredite gezahlt.

Ein solcher Preis für Kredite ist natürlich mörderisch, er ist besonders gefährlich in der Krise, wo der Zins niedrig sein sollte und wirkt sich am ungerechtesten gerade bei den besten Betrieben aus, die durch das Einfrieren der Großkredite bei den Großbanken und durch die innerdeutschen Stillhaltecredite bei der Akzept- und Garantiebanc, in der Kreditversorgung einfach hinten herunterfallen. Aber diese enormen Zinslasten sind keineswegs notwendig und zwangsläufig.

Es scheint uns unverständlich, daß die Reichsbank heute noch an einer Spanne von 2 Proz. gegenüber dem Diskontfuß von 8 Proz. für die Lombarddarlehen festhält,

nach deren zehnprozentiger Verzinsung die Banken ihre Zinsen bemessen. Es liegt kaum ein zwingender Grund vor, der die Herabsetzung des Lombardzinsfußes auf 9 Proz. ungerichtlich erscheinen lassen würde. Obgleich besteht für einen großen Teil der deutschen Kreditwirtschaft durch die Tätigkeit der Akzept- und Garantiebanc heute ein zwangswirtschaftliches Verhältnis, und wenn hier auch die Bonität der Kreditnehmer mit unversehrten Vorzeichen versehen werden muß, so liegt doch die letzte Entscheidung über die Kreditgewährung ausschließlich bei der Reichsbank. Es wäre nur der neue Lombardfuß von 9 Proz. als Zinsgrundlage für die Banken zwingend zu machen — eine einprozentige Spanne entspricht sowohl der Übung bis zum Juli 1929, um die Zinslast in Deutschland um 1 Proz. zu senken.

Zweitens können keine großen Bedenken mehr bestehen, den Diskontfuß der Reichsbank selbst um mindestens 1 Proz. auf 7 Proz. zu senken.

was den Lombardfuß auf 8 Proz. herunter bringen würde. Daß die Reichsbank entsprechend der Unterschreitung der Deckungsgrenze ihren Diskont zu erhöhen hätte, ist eine Kannvorschrift, keine Mußvorschrift und wird — mit Recht — gegenwärtig sowieso nicht beachtet. Die Diskontpolitik ist auch nicht wirksam auf dem Geldmarkt, weil ohnehin nur der Gesichtspunkt der Bonität entscheidend ist. Den Zustrom ausländischer Kredite, den es bekanntlich jetzt nicht gibt, wird man durch eine Diskontsenkung sicher nicht verringern. Sollte die Reichsbank aber gar ihre gegenwärtigen beträchtlichen Gewinne durch Diskontsenkung schmälern wollen, weil sie die Notensteuer bezahlen muß, so wäre das ein privatwirtschaftlicher Gesichtspunkt, dessen Wahrnehmung durch die Reichsbankleitung aufs schärfste zu verurteilen wäre. Die Rücksicht auf die Zinshöhe für die ausländischen Stillhaltecredite endlich darf nicht dazu führen, daß gerade die besten Teile der deutschen Wirtschaft, die bekanntlich nicht mit ausländischen Krediten finanziert sind, an der Kreditübersteuerung zugrunde gehen. Eine einprozentige Diskontsenkung würde eine neue Entlastung für die deutsche Wirtschaft von jährlich etwa 500 Millionen bedeuten.

Zum Dritten kann auch die Zinspanne der Banken gekürzt werden.

Die Banken haben kein Recht, in Krisenzeiten durch Vergrößerung ihrer Zinspanne bloß deshalb die Kredite zu verteuern, weil — wie jetzt — durch den Abzug der ausländischen Kredite und durch das Einfrieren der Großkredite der in der Krise sonst normale Geldüberfluß nicht vorhanden ist. Sie haben um so weniger ein Recht dazu, als diese Bankenwillkür bei den Kreditkosten die Banken an sorgfältiger Wirtschaft und an der Bereitwilligkeit hindert, die privat- und volkswirtschaftlich gebotenen Ausschreibungen vorzunehmen. Tatsache ist, daß man ziemlich allgemein bei den Banken dazu übergegangen ist, statt 1/2 Monatsprovision jetzt 1/4 Proz. zu verlangen, was eine Verteuerung der Provision jährlich von 2 auf 3 Proz. bedeutet. Hier liegt eine willkürliche Erhöhung der Zinspanne um ein volles Prozent. Der Abbau der erhöhten Spanne würde eine Kreditverbilligung um ein weiteres Prozent erlauben.

Wir sind uns bewußt, daß diese Rechnung eine sehr summarische ist. Theoretisch ergibt sich, wenn man die Diskontsenkung um 1 Proz., die Lombardsenkung um ein weiteres Prozent und die Zinspannenverkürzung der Banken um noch 1 Proz. zusammenrechnet, die Möglichkeit einer Kreditverbilligung in Deutschland für laufende Kredite um nicht weniger als 3 Proz. Aber selbst angenommen, unsere summarische Rechnung wäre per Saldo um ein halbes oder um ein Prozent zu günstig, dann bliebe noch eine mögliche Kreditverbilligung für Deutschland von 2 bis 2 1/2 Proz.

Was in Deutschland fehlt und was wir dringend nötig haben, das ist Einfachheit und Klarheit in der wirtschaftspolitischen Führung

und die rücksichtslose Ausschaltung der großkapitalistischen Interessenteneinflüsse in der Bürokratie und bei der Reichsregierung. Erkannt man sich endlich so solcher Einfachheit und Klarheit in der Wirtschaftspolitik, dann besteht trotz aller innen- und reparationspolitischen Sorgen kein Grund zum Pessimismus. Das Wege zu einfacher entschlossener und erfolgreicher Wirtschaftsführung gegeben sind, dafür ist die Frage der Kreditverbilligung in Deutschland nur ein Beispiel.

Kredit Sperre für den Osten.

Stickstoffyndikat vor schwerwiegenden Entschlüssen.

Das Stickstoff-Syndikat hat für heute nachmittag eine Konferenz des Verwaltungsrates einberufen, um zu den Bestimmungen der neuen Stickstoffverordnung Stellung zu nehmen. Im Syndikat herrscht die Meinung vor, künftig keine Düngemittelkredite für Lieferungen nach dem Osten mehr zu geben, da die durch die neue Verordnung geschaffene Rechtsunsicherheit dies nicht mehr zulasse.

Hier tritt also bereits nach wenigen Tagen das ein, was wir bei der Veröffentlichung der neuen Stickstoffverordnung vorausgesagt haben. Die vorgesehene teilweise Zinsenkung für landwirtschaftlichen Realcredit muß den Kreditstrom nach dem Osten abdrücken. Nichts konnte in der gegenwärtigen Situation verheerender wirken, als eine derartige Vertrauenserschütterung. Der nur augenblickliche Nutzen, den die Landwirte von dieser Zinsenkung haben, wird also, wie die Vorgänge beim Stickstoff-Syndikat beweisen, sehr teuer erkauft — Diese erste Angelegenheit sollte aber endlich die unentwegten Anhänger einer zwangswirtschaftlichen Zinsenkungsaktion von der Gefährlichkeit und dem wirtschaftlichen Schaden, der mit derartigen Projekten angerichtet wird, überzeugen.

Die Tagung der Baugenossenschaften.

Drügemüller gegen Zwangsenkung der Zinsen.

Im weiteren Verlauf der Kundgebung des Verbandes Deutscher Baugenossenschaften, über die wir schon berichteten, sprach der sozialdemokratische Bundtagsabgeordnete Drügemüller, der sich nachdrücklich für einen Abbau der kommunalen Grundvermögenssteuer einsetzte. Drügemüller erklärte, daß es ein unhaltbarer Zustand sei, diejenigen Neubauten, die in diesem Jahre mit dem billigen Baufosteminder von 145 Proz. gebaut seien, von den kommunalzuschlägen zur Grundvermögenssteuer zu entlasten, während die Bauten, die mit dem höchsten Baufostenzuschuß von 190 Proz. und mit den höchsten Zinsen durch einen Abbau dieser Kommunalsteuern nicht entlastet werden sollen. Die Gemeinden könnten an dieser Frage nicht vorbeigehen und sollten sich darüber im Klaren sein, daß eine Ablehnung überzogen auch für sie selbst schwere Folgen haben müßte. Eine andere entscheidende Frage sei, wie man den arbeitslosen Mietern in Neubauwohnungen helfen könne. Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages habe bereits beantragt, diesen Mietern

genau in der Weise zu helfen, wie die erwerbslosen Mieter in den Altbauwohnungen unterstützt werden.

Drügemüller warnte die Versammlung sehr eindringlich, von einer zwangswirtschaftlichen Senkung des Zinsfußes etwas Positives zu erwarten. Die Wirkung einer solchen Maßnahme könnte nur eine augenblickliche sein, während auf der anderen Seite ungeheurer Schaden angerichtet würde. Der Nachdruck, mit dem die Baugenossenschaften diesen Plänen einer Zwangskonvertierung der Zinsen gegenübertraten sollten, könne gar nicht groß genug sein.

Diese Ausführungen des sozialdemokratischen Redners erregten bei einem Teil der Versammlung starken Widerspruch, ein Beweis, daß auch bestimmte Kreise der Baugenossenschaften sich von der ebenso unvernünftigen wie allgemein schädlichen Forderung eines Zwangsabbaues der Zinsen nicht freigemacht haben.

Der Ruf der Baugenossenschaften an die Öffentlichkeit, so schloß Drügemüller seine Ausführungen, wird ganz zweifellos Angriffe von bestimmter Seite nach sich ziehen. Man muß daher heute schon der Reichsregierung und den Landesregierungen sowie der gesamten Öffentlichkeit einhämmern, daß es bei den gemeinnützigen Baugenossenschaften nicht allein darum geht, große volkswirtschaftliche Werte zu retten, sondern daß es vor allem darauf ankomme, den Willen zur Selbsterhaltung und zur Selbstbehauptung, von dem die genossenschaftliche Arbeit glänzendes Zeugnis ablegt, für die Zukunft zu erhalten.

Der Bergbau im Oktober.

Die Verhältnisse im Kohlenbergbau haben sich im Oktober nur unwesentlich verändert. Die Förderung im Ruhrrevier stieg gegenüber September von 6,98 auf 7,25 Millionen Tonnen (8,99 Millionen Tonnen im Oktober 1930), während die Kohproduktion mit 1,46 Millionen Tonnen unverändert blieb. Da der Oktober einen Arbeitstag mehr zählt, kommt in der arbeitstäglichen Förderung keine Belebung zum Ausdruck. Das gleiche zeigt sich bei den Beständen, die mit 11,54 gegen 11,63 Millionen Tonnen nach wie vor keine Entlastung zeigen. Je Mann der Belegschaft im Ruhrrevier wurden 3,14 Feiertage eingelegt, obwohl der Abbau der Belegschaft im Berichtsmonat noch fortgesetzt wurde, so daß sich die Zahl der Beschäftigten auf 227.671 gegen 235.223 Mann verringerte.

Der Gesamtabsatz des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats stieg im Oktober von 6,83 auf 7,18 Millionen Tonnen und arbeitstäglich von 263.612 auf 265.333 Tonnen. Ausschließlich Jechenselbstverbrauch betrug der Gesamtabsatz 4,65 gegen 4,34 Millionen Tonnen.

Frankreich droffelt die Einfuhr.

Jetzt auch Heraufsetzung der Schutzzölle.

Das französische Parlament hat am Freitag einen Antrag des Handelsministers auf Erhöhung der Schutzzölle bis zu 25 Proz. des Wertes angenommen.

In den letzten Wochen ist in Frankreich eine Zollerrhöhung der anderen gefolgt. Erst vor wenigen Tagen hat das Parlament einer Maßnahme zugestimmt, die auf indirektem Wege eine außerordentlich starke Erhöhung der Einfuhr mit sich bringt. Es ist dies die Verdoppelung und Verdreifachung der Einfuhrsteuer auf Halb- und Fertigfabrikate bis zu 6 Proz. des Wertes, während die Steuer bisher mit 2 Proz. nur einen Ausgleich für die in Frankreich erhobene Umsatzsteuer darstellte. Jetzt hat Frankreich zu den übrigen Zollerrhöhungen und Einfuhrbeschränkungen für Wein, Holz, Strümpfe und andere Waren auch die Zölle auf Schuhe scharf heraufgeholt. Für den deutschen Export werden sich diese Zollmaßnahmen um so fühlbarer bemerkbar machen, als die Schuhindustrie seit 1929 ihre Ausfuhr nach Frankreich fortlaufend erweitern konnte.

Es erhebt sich angesichts der in den letzten Wochen angewandten Zollpolitik in Frankreich die Frage, inwiefern diese Maßnahmen den deutsch-französischen Handelsvertrag berühren.

Da diejenige handelspolitische Richtung in Frankreich, die vom System der Handelsverträge freikommen will, stark an Boden gewonnen hat, erfordert die Entwicklung der französischen Handelspolitik in Deutschland sehr erste Beachtung.

Muß immer geschlundert werden?

Industrieabschlüsse zeigen auch das Gegenteil.

Zwei jetzt veröffentlichte Maschinenbauabschlüsse erbringen den Beweis, daß es inmitten der Konkurrenzzerbröckelung, Wirtschaftskrisen und Korruptionen auch noch vorsichtig geleitete und gesunde Betriebe gibt.

So kann die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, das stärkste metallverarbeitende Unternehmen in Süddeutschland, das über ein Kapital von 20 Millionen Mark verfügt, für das am 30. Juni abgeschlossene Geschäftsjahr 1930/31 einen Reingewinn von 200.000 Mark ausweisen, der sich jedoch aus dem nicht verteilten Reingewinn des Vorjahres auf 1,20 Millionen Mark erhöht. Dieser Reingewinn, der einer sechsprozentigen Dividende entspricht, gelangt auch diesmal nicht zur Ausschüttung, sondern wird im Hinblick auf die unsichere Zukunft auf neue Jahresrechnung vorgetragen.

Die Zeiger Maschinenfabrik, die überwiegend für den Braunkohlenbergbau arbeitet, hat die starke Umsatzschrumpfung, die im letzten Geschäftsjahr stattfand, durch entsprechende Vorsichtsmaßnahmen gleichfalls ohne nachträgliche Folgen überstanden. Bei einem Rückgang der Betriebsgewinne von 1,5 auf 0,78 Millionen Mark und gleichzeitiger kräftiger Senkung der Unkosten und Steuern von 1,08 auf 0,60 Millionen Mark wird noch ein kleiner Reingewinn von 67.000 M. ausgewiesen. — In der Bilanz zeigt sich, daß die Verwaltung für die schlechten Zeiten vorgesorgt hat. So sind die Vorräte und Forderungen, die als Bagerware Zinsen fressen, von 2,29 Millionen im Jahre 1929 über 0,86 Millionen im Vorjahr jetzt bis auf 0,44 Millionen abgebaut worden. Auch finanziell ist diese mittlere Maschinenfabrik für die Zukunft gut gerüstet. So wurden die gesamten Schulden von 890.000 bis auf 244.000 M. zurückgezahlt, während die Bankguthaben und Forderungen verhältnismäßig weniger von 1,65 auf 0,88 Millionen Mark sanken.

Wenn die Großkonzerne in Deutschland, besonders in der Schwerindustrie, eine ähnliche vorausschauende Politik getrieben und nicht bei absteigender Konjunktur ihre Expansionen und Fehlanlagen fortgesetzt hätten, sähe es in der deutschen Wirtschaft sicher anders aus.

Auch in U.S.A. größere Publizität.

Wie aus New York gemeldet wird, hat sich der New-Yorker Börsenvorstand die in gegenwärtiger Periode der Wirtschaftsdpression mit besonderem Nachdruck aufgestellte Forderung der Öffentlichkeit nach vermehrter Berichterstattung der Aktiengesellschaften erneut zu eigen gemacht, indem er die Gesellschaften, deren Aktien an der Börse notiert werden und die bisher vor der in U.S.A. ziemlich allgemein üblichen Veröffentlichung von Quartalsabschlüssen glaubten Abstand nehmen zu müssen, in einem Rundschreiben auf die Nachteile einer unzureichenden öffentlichen Kontrolle aufmerksam machte.

Den Einwand verschiedener Gesellschaften, daß der saisonmäßige Charakter ihres Geschäfts die Publikation von Quartalsabschlüssen angeht, der bei unzureichenden Vergleichsdaten bestehende Gefahr falscher Schlussfolgerungen verbiete, glaubt der Börsenvorstand dadurch entkräften zu können, daß den in ihrem Geschäftsgang stärkeren Saisonschwankungen unterworfenen Gesellschaften anheimgestellt wird, an Stelle der üblichen Quartalsabschlüsse vierteljährlich Abzweigungen für die jeweils letzten 12 Monate mit entsprechenden Vergleichsdaten dem Vorstand zu unterbreiten.

Die Bedeutung dieses Schrittes des New-Yorker Börsenvorstandes wird durch diese Tatsache gekennzeichnet, daß die Forderung nach vermehrter Publizität auf eine ganze Reihe größter Aktiengesellschaften, die, wie beispielsweise verschiedene Unternehmungen der Standard-Oil-Gruppe, bisher keine Quartalsabschlüsse herausgegeben hatten, Bezug hat.

Zehn Prozent Dividende in Reserve. Die Thodeische Papierfabrik A.-G. bei Dresden, die in der Hauptabzweigung Schreib- und Druckpapier herstellt, war in dem am 30. Juni 1931 abgelaufenen Geschäftsjahr fast durchweg vollbeschäftigt. Der Absatz ist mengenmäßig noch um 5 1/2 Proz. auf 16.060 Tonnen gestiegen, wertmäßig aber auf rund 5,5 Millionen Mark, d. h. 7 1/2 Proz. gesunken. Inmitten konnte das Aktienkapital im letzten Geschäftsjahre fast fünfmal umgeschlagen werden. Als Reingewinn wird einschließlich des Gewinnvortrages vom vergangenen Jahr ein Ueberschuß von rund 119.370 M. ausgewiesen, der einer Dividende von reichlich 10 Proz. entspricht. Eine Gewinnverteilung wird aber wegen der undurchsichtigen Verhältnisse nicht vorgenommen, sondern der Gewinn auf neue Jahresrechnung vorgetragen.

Neue Aufträge für Siemens-Schuckert. Die Siemens-Schuckert-Werke A.-G. hat vier Großaufträge für die Ueberlandbahn Modena-Cavazzo bei Bologna zu liefern und eine Großauftragsrichtanlage (28.000 Volt) für das Laboratorium der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie, Telefunken G. m. b. H.

Jo Mihaly: Mittag in Ascona

Sie gingen mitten auf der staubüberpuderten Straße, in leinenen Hosen, mit offenen Hemden und weichen Luchshäuten, die mit blauen Bändern um ihre nackten Knöchel gebunden waren. Kam ein Auto, o murmelte Mag träge: „... ta!“, worauf sie langsam zur Seite wichen, die Rücken gegen die weißen Kalkmauern preßten und den Wagen vorbeiließen. Dann hatte Dick zehn Minuten lang Gelegenheit, den gebähten Staub in sein abgegriffenes Bogen als Speichel auszuspuhen, die Mag' Bewunderung erregten und die er nachzuahmen versuchte. Hielten sie so lange Zeit in der heißen Sonne gestanden und mehr oder minder vorzüglich gespuht, schlenderten sie weiter, borhaupt und ohne einen anderen Willen als den, soviel Sonne aufzuschoppen, als ihre wärmebedürftigen Körper aufzunehmen imstande waren.

„Sonne!“ saufte Mag. „Hast du Sonne, Dick?“
„Nein“, sagte Dick, dem der Schweiß auf der Stirn stand. „Woher denn? In diesem Land...!“

Darauf erregte ein neuer Berg ihre Aufmerksamkeit, der sich bei einer Abbiegung wie eine unerwartete Aulisse in die Felsenlandschaft hob.

„Möchte wissen, wer hier Berge aus dem Boden stampft! Weißt du, wieviel Berge es hier gibt?“
„Nein.“

„Wenn man sie vom linken Ufer aus zählt, sind es acht, vom rechten mindestens sechzehn.“

„Schöner See, überhaupt schöner Ort hier. Wunderbar.“

„Wahrhaftig, ganz schöner Ort. Möchte hier wohnen.“

„Die Häuser sind mit Rotwein angestrichen“, sagte Dick nachdenklich. „Denn mal, Mag, mit Rotwein. Verlassene Stadt! Sie tauchen Strohhelme in Tonnen mit Rotwein und pinxeln alles rosenrot an. Möchtest du ein Rotweinhaus haben?“

In der Piazza, deren bombastische Häuser dem Lago magiore zugewandt waren und von deren Balkongittern Bündel rotgedorrierter Walstollen hingen, wuschen schwarzgekleidete Frauen Wäsche im See und breiteten sie zum Trocknen über den Quai. Es war genau zwölf Uhr mittags, alle Glocken läuteten, und aus den fernem Ortsteilen jenseits des Lago läutete es zurüd. Gleichzeitig ertönten aus Ranco die ersten Sprengschüsse. Das Echo lief polternd über den sanftbewegten und glasklaren See.

Eine Welle erglöhnte sie sich an der Versuchung, zu baden. Da sie aber zu fast waren, sich des Hemdes, der Hosen und der schwierigen Bänderstücke zum entledigen, legten sie sich auf die weißgeputzten Mischelsteine des Ufers und sahen über das Wasser nach Itallen hinüber. In diesem Zustand träumerischer Aufgelöstheit waren sie zu träge, um Hunger zu empfinden.

„Was machst du da?“ sagte Dick und starrte in Mag' weitgeöffneten Mund. Mag antwortete, daß er seinen Magen sonne, der ein Unrecht auf die Natur habe.

„Mach' ihn zu“, befahl Dick schlaftrig. „Es ist kein erfreulicher Anblick.“

„Ich möchte jetzt eigentlich müde sein“, murmelte Mag, fiel aber in Schlaf und steckte seinen Gefährten damit an, daß er gleichfalls zu schlafen begann. Als sie fast gleichzeitig die Augen öffneten, war es eine gute halbe Stunde später.

Die Sonne stand jetzt mitten über dem See. An der Piazza lag ein Ostwind, in den Baulack und Seins geladen wurden. Das Wasser war mit Sonnenplänkchen besetzt, die hin und her sprangen und die Augen blendeten. Ueber den Bergen, die des Tal umschlossen, hing ein feiner, graublauer Dunst, obwohl der Himmel gänzlich wolkenlos und strahlend blau war.

„Wollen gehen“, schlug Dick vor, während er sich gleichzeitig mühsam aufrichtete. „Jugendmann müssen wir wohl einmal essen.“

Auf ihren binnengeflochtenen Sohlen, die wiegeln waren, gingen sie ziemlich sicher über die glatten Mischelsteine, ohne zu gleiten, bis sich der Weg in Privatbesitz verlor. Staunend sahen sie sich in Gärten, deren zarte Schönheit sie begaube, bis ein Wollhund lautlos, aber fürchterlich um die Ecke schoß und sie vorlachte. Den kurzen Weg bis zum Tor legten sie in Eilmärschen zurück; daß ein Hund ihre Freude an Rosen, Palmen und Chrysanthemen verhorben hatte, machte sie nicht merken, ohne daß sie jedoch imstande gewesen wären, sich ernstlich über die Verdrüßlichkeit zu ärgern.

„Zehn Minuten vor Eins“, stellte Dick fest, als der Kirchturm von Ascona über den reberumkränzten Mauern auftauchte. „Wollen wir auf dem Monte Verita Mittag essen?“

Mag, der eine gestohlene Rolle im offenen Hemdenarm trug, in die er seine Nase bisweilen liebevoll orientierte, äußerte hinsichtlich des steilen Aufstiegs vorsichtige Bedenken. Da aber bequeme Treppen in den Berg geschlagen waren und der schmale Weg Abhänge versprach, beschlossen sie, den Monte Verita mit äußerster Langsamkeit zu erklimmen. Dick stieg voran. Mag folgte ihm, indem er den Knotenstock immer genau zwischen die gespreizten Füße auf die höherliegende Stufe stellte und das rechte Bein nachzog. Da er sehr zart war, fühlte Dick ein berechtigtes Mitleid mit ihm und blieb auf jeder dritten Stufe stehen, um ihn zu erwarten, welche Gelegenheit Mag ergriff, sofort auf der zweiten Stufe stehen-zubleiben und anklagend zu Dick emporzublicken.

„Möchtest du dich nicht ein bißchen beilen?“ fragte Dick mit einiger Entrüstung.

„Woll ich so klein bin, soll ich mich beilen“, sagte Mag. Seine Stimme schnitt Dick ins Herz. So kamen sie in der Tat nicht schneller vorwärts als die schwarzen Weinbergsknechten, die vor ihnen über den Berg krochen und eine feuchte Spur durch den Staub zogen. Unter ihnen lag die Stadt mit ihren Schieferdächern und den beiden schönen Kirchtürmen. Die herblichste Nebhölle glühten gelb. Mag blieb stehen, mischte sich mit der Bastenmühe über die Stirn und meinte nach schweigendem Bestimmen: „Eigentlich könnten wir wieder runter.“

„Warum denn?“

„Wir könnten ebenjogut im Verbano essen.“

Dick erklärte sich unter der Bedingung mit dem Vorschlag einverstanden, daß er die Kellnerin Phebe in Grobhaufnahme fotografieren dürfte. Mag kam es in den Sinn, sich eben hier, an dieser Stelle, gleichfalls fotografieren zu lassen, um das Bild einer Berliner Zeitung mit der Unterschrift zu senden: „Herzliche Grüße aus dem herblichen Tessin sendet Mag.“

Dick seufzte, während er bereits die Kamera richtete, differenzierte und blendete. „Weiß schon stehen, wo du standest; da ist der beste Hintergrund für deine Berrücktheit.“

Mag war zu neugierig, um dem Zwang widerstehen zu können, einen Blick über die Schultern zu werfen. Als er hinter sich einen petrodrehten Bambus stielenslang den Himmel überhöhen und auf dem darunterliegenden See eine phantastische Silberspur sah, fand er, daß der Landschaftsrahmen seiner würdig wäre, und schickte sich an, auf einem Bein zu stehen. Nachdem er das Gleichgewicht einigermaßen gesichert glaubte, hob er vorsichtig beide Arme über den Kopf und lächelte trampfösi.

„Anips!“ küsterte er angestrengt. „sonst soll' ich.“

„Was meinst du: soll ich die Gebühelbe nehmen?“

„Anips!“

Dick drückte den Hebel herunter, ohne daß Mag die Stellung veränderte. Sie waren sehr zufrieden und begannen den Abstieg. Schon waren ihnen die kleinen Häuser wieder nahe, als es von den Kirchtürmen Eins schlug. Die Gassen lagen wie ausgestorben. Auch vor dem Café Verbano war alles still. Die Tür stand ein wenig offen, auf der alten Scheinwelle konnte sich eine Kage.

„Bon giorno, Signorina Phebe!“ grüßte Dick die Kage, indem er sich mit einem listigen Augenblick nur ihr verneigte. Er wußte genau, daß die schwarze, magere Kellnerin sie hinter der Gaststube beobachtete; tatsächlich ertönte gleich darauf ihr Geräusch. Um diese Stunde gab es in Verbano nur einige Fuhrleute und Arbeiter, die nahe den Fenstern in Gruppen an den Kollischen saßen und die Straße im Auge behielten. Sie sprachen mit gedämpften und frühlichen Stimmen auf italienisch. Sobald sie es wagten, den Arm um Signorina Phebe zu legen, entwand sich diese mit einem kaum betonten, aber aufregenden Hüftschwung, und trippelte auf den hohen Absätzen ihrer Pantoffel davon. Die Pantoffel waren aus Birkenholz und hellrotem Leder, auf das kleine Strüße Bergschneide gemalt waren. Selbst auf den Absätzen prangten Bergschneide.

„Grüßlein Phebe sorgt für die Erinnerung“, grinst Mag, nachdem sie Wein, Schwarzbrot und Käse bestellt hatten.

„Und einen Rettich, Schanzkaffee Signorina“, rief Dick

Kermann Wendel:

Unter der schwarzen Fahne

Die Arbeiterstadt Croix Rousse oder Rotes Kreuz schwebt immer hoch über dem eigentlichen Lyon, wie es sich zwischen Rhône und Saône zusammenpreßt. Aber an diesem Montag, dem 21. November 1831, hängt sie wie eine drohende Lamine über der Stadt, bereit, sich jeden Augenblick zu lösen und vernichtend, geräuschlos zu Tal zu rollen. Unheimliches liegt in der Luft; es wird nicht gut enden!

Dabei war doch weiter nichts, als daß die armen Teufel, die in den engen, stinkenden Gassen mit den hohen, schwarzen Häusern viertausendfüßig hockten, den Hungertod um ein paar Löcher hatten enger schnallen müssen. Sie bildeten die mißachtete breite Basis von Lyons industrieller Blüte, die 30 000 bis 40 000 Seidenweber, die für kurzen Lohn die Tage hindurch und bis weit in die Nächte hinein dahel den Webstuhl schnurren ließen. Die nächste Stufe stellten die 10 000 Zwischenmeister dar, halb bürgerliche, halb proletarische Christen, deren jeder seine vier bis fünf Webstühle samt dem Rohstoff an die Reichhabigen auslieh. Ueber ihnen thronte die dünne Schicht der Warenabnehmer, etwa 800 Fabrikanten oder Unternehmer, in deren Taschen der Hauptgewinn fließt, falls nicht auch sie den wenigen Kommissionären verpflichtet waren, vollkommen schwarzerhütten, die Geld und Material im Großen vorkosten. Unterlagen die Arbeiter, von denen sich die Zwischenmeister nährten und die Fabrikanten und Kommissionäre mästeten, berart einer Ausbeutung in doppeltem und dreifachen Grade, so murrten sie doch so lange nicht, wie die Prosperität der Seidenindustrie sie vor dem nackten Hungertode schützte. Doch nach den unerbittlichen Befehlen der kapitalistischen Gesellschaft trat die aus mannigfachen Ursachen entspringende Krise die Schwächsten am härtesten; der Tagelohn für einen Hausweber sank von 6, von 5, von 4 Franken auf 2, auf 1,75, auf 1,25 Franken; schließlich strich er bei einmündiger achtzehnstündiger Arbeitszeit nicht mehr als 18 Sous ein; das war ein Stundenlohn von vier Pfennig!

Da aber auch so verelendete, verelendete, geduckte und gedrückte Menschen, wie es die Lyoner Seidenweber waren, sich gegen den glatten Hungertod sträubten, begann es im Herbst 1831 auf Croix Rousse zu gären. Gruppen standen herum, trummgezogene, blaße Männer, hochläufige Weiber, Kinder mit siebigen Augen. Obwohl die Staatsgewalt damals von einer sozialen Frage, die die Arbeiter anging, nach nichts wußte und sich nur zur „Neutralität“, das hieß: zur Aufrichterhaltung der „Ordnung“ im Interesse der Reichhabigen, verpflichtet glaubte, legte sich der Präfect des Rhône-Departements, Dumplard, bedenklich geworden, ins Mittel, ward um das Vertrauen der Arbeiter und brachte durch seinen Einfluß im Oktober zwischen Fabrikanten und Webern ein Uebereinkommen mit Mindestlohnstarif unter Dach und Fach. Mehr als bescheidene Mindestlöhne, aber auf Croix Rousse konnte man erleichtert und stellte abends als Freudenszeichen armselige Lichter an die Fenster der Mietshäuser. Die Unternehmer dagegen, nur darauf bedacht, die Wirkungen der Krise von sich auf die Ärmsten der Armen abzuwälzen, maulten über das, was ihnen als unerhörte Durchbrechung des geheiligten Prinzips der Gewerbetreue erschien, schüchterten den Präfecten ein, stellten sich hinter die Stadtverwaltung, gewannen den Truppenkommandeur, General Graf Roguet, rieten Verhängung des Belagerungszustandes an, rechneten fieselsicher auf die bewaffnete Macht — „wenn“, höhnte einer der Großgewinner über die Ausgeworbenen, „sie kein Brot im Bauche haben, so werden sie Bajonette hineinbekommen!“

Da legt sich, verzweifelt ob der Nichtachtung des Lottis durch die Fabrikanten, Croix Rousse am 21. November in Bewegung, alledert sich in Kolonnen zu Bikerreihen, marschiert in guter Ordnung zu friedlicher, unbewaffneter Kundgebung nach der Stadt herunter: die Lamine rollt! Die Nationalgarde, die dem Zug entgegentritt, ist an den Grenadier-Bärenmützen als Abteilung aus dem Belagerungsquartier kenntlich; also gehen die Bewehrten von selber los: Lote und Wunderte auf dem Pflaster; wie eine Feuerzunge leckt über Croix Rousse der Entsehungsschrei: „Unsere Brüder werden abgeschlachtet!“ Croix Rousse bewaffnet sich, Croix Rousse bedeckt sich mit Barrilaben; Infanterie, Kavallerie, Artillerie; Nationalgarde geht zum Volk über; Generalmarsch, Sturmlosgedöns, Geschützfeuer, und als die Dunkelheit des 22. November herabfällt, ist die zweitgrößte Stadt Frankreichs in den Händen der Proletarier.

Als jedoch die Weber den Sieg in Händen halten, sehen sie sich erkaunt, fast verlegen an. Was nun? Hinter ihrer Bewegung stand keine Theorie, keine Doktrin, kein Sozialismus, keine Sehnsucht nach einer gerechteren Gesellschaftsordnung, stand nichts als der Hunger. Eine andere Lösung hatten sie nicht als die düstere Inschrift auf der großen schwarzen Fahne, die der ersten Glendkolonne von Croix Rousse vorauswehte: Durch Arbeit leben oder im Kampfe sterben! Etwas wie ein Sinnbild der dumpfen, ahnungslosen, unangeführten Masse war der Rager Stanislas, der, mit seiner Finte auf der Morand-Bridge aufgepflanzt, unter wilden Grimassen und Freudensgeschrei in die Luft sprang, so oft er einen Kanonier oder Dragoner niedergestreckt hatte, aber sicher nicht wußte, weshalb er schoß. Da die

hinter ihr her. Sie antwortete mit einem Blick, unter dem Dick in seinen Weintrug versank. Es dauerte eine ganze Weile, ehe er die glänzenden Augen wieder aufzuschlagen mochte.

„Hat sie dich durchbohrt?“ fragte Mag neidisch.

„Rein Vieher“, antwortete Dick non oben herab. „Sie ist eine charmante Person, das muß ihr selbst der Baumund lassen.“

„Ich habe nie gekümmert“, empörte sich Mag und goß Ströme von Wein in seinen Hals. Er war sofort angenehm betrunken und hing an, ununterbrochen nach sich hin zu lachen.

„Warum lachst er?“ fragte die jähliche Phebe.

„Entschuldigen Sie, Fräulein Phebe, er lacht, weil der Wein gut ist“, entgegnete Dick mit einem gerührten Blick auf den Fröhlichen. „Er lacht in aller Stille, weil er einen Schwips hat. Ein goldenes Herz...!“

Da er aber gewohnt war, in allen Dingen das gleiche zu tun, fühlte er sich verpflichtet, ebenfalls zu lachen. Die Gesichter in den Händen verborgen, die Ellenbogen auf die Tischplatte gestützt, überließen sie sich ganz ihrer Heiterkeit und lachten über den Wein, Rettich und Käse bis zu Tränen, so, bis sie fast daran erstickten. Dann bezahnten sie ihre Zähne und schwankten in den Sonnenchein hinaus, ohne Signorina Phebe photographieren zu haben. Sie hatten es vollkommen vergessen.

Es war ein Bierdel nach Eins. In einem Hafe lang eine Knabenstimme: „Oh bella vita!“ Sie schnappten das Lied voller Begeisterung auf und grählten es durch die stillen Straßen, bis sie eine Wiese fanden, auf der sie sich unter Weidenbäumen zum Schlafen niederlegten. Bräunliches Rindvieh mit schweren, kupfernen Halsglocken rupfte den Ales um sie her.“

Rasse auch keine Führer hatte, ihr den Sinn der Erhebung zu deuten, gelang es den Handlangern der Bourgeoisie leicht, die Proletarier in den alten Pfad zurückzuführen: Die hungernden und frierenden Weber hüteten mit dem Fanatismus eines Hundes das Eigentum der Besitzenden. Ende der Woche war jede Spur des Geschehenen ausgelöscht, und keine Hand rührte sich zum Widerstand, als am 3. Dezember der Marshall Soult und der Thronfolger mit stattlicher Truppenmacht einrückten. Was folgte? Das Selbstverständliche: die Entwaffnung der Arbeiter, die Auflösung der Nationalgarde, die Verlegung einer Garnison von 20 000 Mann nach Lyon, die Abriegelung der Arbeiterstadt durch eine Reihe von Sperrforts, und alles, Ausbeutung, Profit und Hunger, konnte weitergehen wie bisher.

Aber instinktiver noch als die Proletarier waren ihre Gegner. Die Macht haben atmeten vielfach erleichtert auf, als sie hörten, daß es sich nicht um einen politischen Wutich von Republikanern oder Legitimisten, sondern „nur“ um einen Streit zwischen Fabrikanten und Arbeitern handle. Bagatelle! Zupfeln über Ohr, herumgedröhrt und weitergeschlafen! Sie sahen nichts von der Flammenchrift an der Wand, mit der sich hier die Frage der Zukunft anzündigte; sie blieben taub für den Marschtritt einer neuen Klasse, die hier zum ersten Male auf den Schauplatz der Geschichte trat; sie rochen nicht im entferntesten den Pulvergeruch vom ersten Vorpostengeficht des großen sozialen Krieges, unter dessen Schlochten ein Jahrhundert später die Erde bebden sollte!

J. Litzelberger:

Gibt es wirklich Tiergesprachen?

Der alte Streit, ob den Tieren auch etwas eigen ist nach Art dessen, was wir Sprache nennen, rührt zum großen Teil daher, daß man sich über den Begriff nicht geeinigt hat. Wenn man unter Sprache das Vermögen versteht, logisch gegliedertes Denken in artikulierten Lautgebilden anderen Wesen oder auch sich selbst verständlich zu machen, so haben die Tiere natürlich keine Sprache, denn sie können weder schwierige Worte bilden, noch haben sie eine Grammatik mit Haupt- und Nebensätzen, mit Haupt-, Zeit-, Eigenschafts- und sonstigen Wörtern. Aber das trifft auch auf die kleinen Kinder zu, die noch nicht sprechen gelernt haben, die aber trotzdem ihre Hochbetenden, ihre Mitstimmung und dergleichen durch Laute zu erkennen geben. Wenn wir aber, wie es zum Beispiel Hugo Schuchardt in seinen Abhandlungen über den Ursprung der Sprache tut, diese lediglich als die Mitteilung von Gedanken, Gefühlen oder Gemütszuständen auffassen, so ist es klar, daß auch die Tiere eine Sprache haben, durch die sie sich nicht bloß untereinander, sondern häufig auch mit dem Menschen verständigen können.

Ein Hund oder eine Kage, die aus der Stube hinausgelassen zu werden wünschen, vermögen dies ihrem Herrn oder ihrer Herrin sehr wohl zu erkennen zu geben. Umgekehrt kann auch der Mensch ihnen manches sagen, was sie sehr gut verstehen. Ein bezeichnendes Beispiel erzählt Georg Scherideht in seiner Schrift „Sprechen Sie Schimpansen?“ Er suchte einmal im Herbst in London in dem Zoologischen Garten die Leiterin der Abteilung für Reptilien und Amphibien, Miß Proctor, auf. Auf dem Fensterbrett ihres etwas unheimlichen Arbeitszimmers lag in einem schmalen Becken ein knapp meterlanges Krotobil. Miß Scherideht der Dame von seinen tiergesprächlichen Forschungen erzählte, trat sie lächelnd auf das Krotobil zu, gab einen nasalten Laut von sich, den man Grunzen nennen kann. Das Krotobil erwiderte prompt mit dem gleichen Laut und so „unterhielten sich“ die Lady und das junge Krotobil ganz ergötzlich.

In der Sprache der Schimpansen, die in Zirkus und Variété häufig in Herdenkleidung auftreten und sich entsprechend vornehm benehmen, gibt es eine Art Grunzen, dessen genauer Inhalt schwer mit Sicherheit anzugeben ist, der aber meist sofort erwidert wird und die Tiere vertraut macht. Als der erwähnte Forscher wildfremd und allein ohne den Wärter zu den Affentagen im Londoner Zoologischen Garten kam, entbot er den Schimpansen in ihrer Sprache ihren Gruß. Die Wirkung war verblüffend. Die Tiere horchten auf, betrachteten den Gast und erwiderten bald darauf den Gruß. Sie kamen an das Gitter und stießen sich trauen und tigeln, als wären sie alte Bekannte. Der eine zeigte Scherideht sogar die Stelle, wo ein Loch im Gitter das Durchgessen erlaubte. Der Besucher durfte ihn auf diesem Wege trauen und tigeln.

Ein ähnliches Erlebnis erzählt der Affenwärter des Leipziger Tiergartens. Er hatte in einer Singspielhalle einen Gentlemanaffen auf Schimpansenisch angezogen. Der hatte sofort aufgehört und war ihm zugelaufen. Das Wort muß etwa bedeuten: „Hallo! Gut Freund!“

Diese Beispiele zeigen, daß die Tiere sich und dem Menschen gewisse innere Vorgänge mitteilen, daß die Mitteilungen verstanden und erwidert werden. Darauf beruht ja auch die Kunst der Jäger und Vogelfreier, gewisse Laute der zu erjagenden Tiere nachzuahmen. Auch die Tierbändiger befähigen ihre Zöglinge mit Lauten aus deren Sprache.

Berlin aufsteht und auch fossile Quittungen von Dampfmaschinen und Spatenbüros für erhaltene Beiträge an Frau G. sandte, plötzlich im Harz, um einen Film „Die Rot der deutschen Gebirge“ fertigzustellen. Hier wurde er nun für Frau G. krank und schrieb ihr fast täglich, daß für ihn nur noch der Tod als Ausweg bliebe, aber „ich vertraue auf Bernd und Gott, die mich in jeder Nacht trösten, wenn ich um Hilfe stehe. Bernd sagte mir, er wird Sie schon wissen lassen, daß ich Hilfe brauche“. Kurz nach seiner Befundung war wieder eine neue Amerikareise notwendig. Diesmal fuhr er auf dem Dampfer „In Gesellschaft Mariene Dietrichs“. Da kein Geld in Amerika aber doch beschlagnahmt sei, brauche er wieder neue Beiträge.

Bei der Polizei gingen nun verschiedene Anzeigen

gegen Wistuba und andere Leute ein, die in ähnlicher Weise den Spiritismus der Frau G. ausgenutzt haben. Kurz vor ihrem Tode wurde Frau G. von den Kriminalkommissaren vernommen und gab an, daß sie von dem Angeklagten um zirka 3000 M. geschädigt worden sei. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten, der mit so plumpem Schwindel eine alte Frau betört habe, drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. Unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Neumann verurteilte das Schöffengericht Berlin-Mitte den Angeklagten wegen fortgesetzten Betruges im Rückfall und schwerer Urkundenfälschung zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis. Während der Urteilsverhandlung brach die Frau des Angeklagten mit einem Schrei-Krampf im Zuscherraum zusammen.

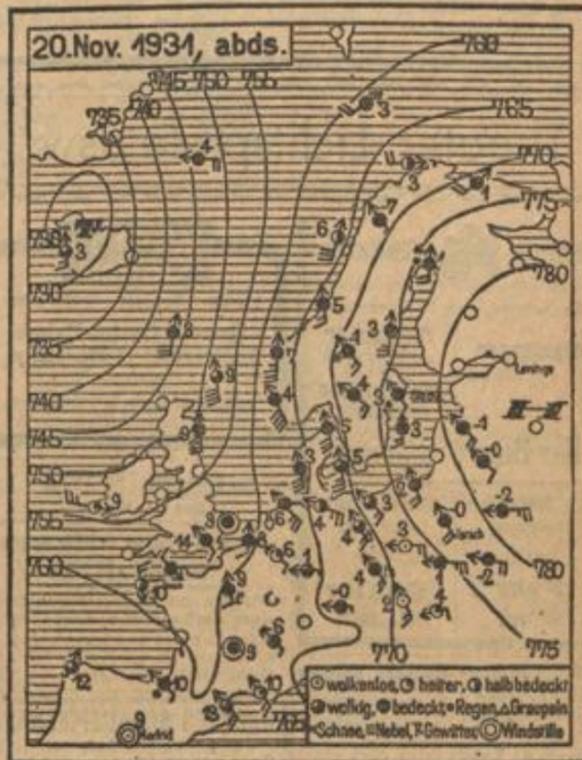
Aus der Partei.

A. Gergel gestorben.

Am 18. November erlag in Berlin einem Herzschlag der kaum 44jährige russische Genosse Dr. A. Gergel. Wie die meisten russischen Sozialdemokraten seiner Generation begann Genosse Gergel seine politische Laufbahn in dem geheimen revolutionären Zirkel von Arbeitern und Studenten. Er schloß sich zuerst dem üblichen Arbeiterbund (Bund), später der zionistischen sozialistischen Partei an. In der Kriegszeit widmete er sich besonders der Hilfsarbeit für die zahlreichen jüdischen Kriegsflüchtlinge, die in der grausamsten Weise vom Zarismus verfolgt wurden. In der Revolution 1917 und auch nach der Machtergreifung der Bolschewiki blieb er auf der Seite der Sozialdemokratie als unversöhnlicher Gegner der terroristischen Diktatur. Daher mußte er im Jahre 1921 Sowjetrußland verlassen. Seitdem lebte er in Berlin als Emigrant. Genosse Gergel war bis zu seinem Tode Mitglied des russischen sozialdemokratischen Kartow-Klubs.

Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 22. November, um 2 Uhr, auf dem Friedhof Weißensee (Alte Halle), statt.

Allgemeine Wetterlage.



Der Kern des russischen Hochdruckgebietes hat sich etwas nach Süden verlagert. Da gleichzeitig ein Tiefdruckausläufer vom Atlantischen Ozean nach England und Frankreich vorrückt, vergrößerten sich die Luftdruckunterschiede über dem mittleren Europa. Die Winde nahmen zu. Bei der lebhafteren Luftbewegung konnte sich eine geschlossene Woltdedecke nur noch vereinzelt halten, so z. B. in Ostpreußen. Die Temperaturen zeigten bei der anhaltenden Luftzufuhr aus dem östlichen Europa gegen gestern nur geringfügige Veränderungen. Auf allen Mittelgebirgen stand das Thermometer auch am Tage unter Null. Nur der Feldberg im Schwarzwald meldete in den Mittagsstunden 2 Grad Wärme. Das russische Hoch scheint sehr stabil zu sein. Mit einer nennenswerten Änderung des Wetters ist also zunächst noch nicht zu rechnen.

Wetterausblick für Berlin: Trocken und zeitweise heiter, Temperaturen wenig veränderl. mäßige bis frische südöstliche Winde. — **Für Deutschland:** hebrill Fortdauer des trockenen und zeitweise heiteren Wetters bei wenig veränderter Temperaturen, im Süden und Südwesten mäßige Nachtfröste.

Bergstadt Berlin

Ein Geschenk der Eiszeit — Höhenzüge ringsum

Rom ist bekanntlich auf sieben Hügeln erbaut worden. Diese geologische Erkenntnis hat sich über die Jahrhunderte hinweg bis in unsere Schullesebücher gereiht, wie ein letzter Schatten vergangener Größe. Von Berlin dagegen wissen die meisten nur, daß es der Mittelpunkt der sandigen Mark sei, die zu Unrecht den Ruf genießt, reizlos und öde zu sein.

Die Mark erscheint dem Eisenbahnreisenden flach, also erscheint ihm auch Berlin in eine flache Ebene hineingebaut. Aber der Schein trügt. Wir brauchen uns nur einmal einige Ortsnamen näher anzusehen, um zu erkennen, daß auch Berlin auf Hügeln erbaut wurde. Namen wie Lichtenberg, Schöneberg, Hohenschönhausen, der Kollberg in Neukölln, der Prenzlauer Berg, der Kreuzberg, die Rehberge, Straßennamen wie Hochstraße, höchste Straße, Barnimstraße, Teltower Straße bezeichnen Geländeerhebungen, wie andere Namen auf den Grund und Boden der betreffenden Stadtgebiete schließen lassen: Lorstraße, Fennstraße, Mattbuser Damm, Weidendamm. Die jetzige Drontheimer Straße hieß früher Sandstraße, und ein Teil des Gartenplatzes wurde Wehweg genannt. Der Weinbergsweg führte früher wirklich durch Weinberge und, so selbstsam es klingen mag, der Berliner Wein genoh einen besseren Ruf als der Grüneberger vom Oberstrande. Er wurde oft bis weit nach Süddeutschland verfrachtet.

Der nördliche Höhenzug.

Das eigentliche Stadtgebiet Berlins ist auf drei großen Höhenzügen erbaut, die ihren Charakter jedoch durch die lange Siedlungstätigkeit zum großen Teil eingebüßt haben. Das Urstromtal der Spree wird im Norden durch einen Höhenzug begrenzt, der in Lichtenberg beginnt und über das Prenzlauer Tor hinweg zum Weinbergsweg verläuft. Ausläufer dieses Höhenzuges streichen zum Friedrichshain und zum Gesundbrunnen. Die Hochlage des Prenzlauer Berges erkennt man noch heute, wenn man vom Wasserturn in der Straßburger Straße, der 1860 noch frei über der Stadt aufragte, nach Süden blickt. Dann sieht man auf die Kuppel des Domes, der aus dem tiefer gelegenen Spreetal emporragt. Der ganze nördliche Höhenzug gehört zur Hochfläche des Barnim. Insbesondere vermittelt eine Wanderung durch die ziemlich steil ansteigende Veteranenstraße oder durch den Weinbergsweg hinauf zum Zionstirchplatz einen Eindruck von der Höhe dieses Geländeaufstieges.

Eine Wanderung über diesen Höhenzug müßte in Lichtenberg beginnen, dessen frühere Dorfmaße, die jetzige Mollenbergstraße, in der Richtung nach Hohenschönhausen zur Hochfläche des Barnim ansteigt. Der Lichtenberger Stadtpark liegt am Rande dieses Aufstieges. Der Höhenzug läuft dann am Zentralviehhof vorbei und erreicht im Friedrichshain seine höchste Erhebung. Hier stand in alten Zeiten eine Windmühle, die über rebengeschmückten Hängen aufragte. Der Friedhof der Märzgefallenen und das Krankenhaus Friedrichshain sind auf dieser Höhe errichtet. Nach dem Königsstar hin senkt sich der Höhenzug, zu dem hier die Wein- und die Georgenkirchstraße steil ansteigen. Vom Königsstar wandern wir zum Prenzlauer Berg hinauf, an den rechts die Friedhöfe der Georgenkirche und der Marien- und Nikolaitirche grenzen. Unser Weg führt durch die Saarbrücker Straße bis zur Straßburger Straße. Steil führt sie empor zur Veteranenstraße, die von dem städtischen Wasserhebewerk beherrscht wird. Hier oben steht noch der alte Wasserturm, der einst einsam über dem Häusergewimmel Berlins aufragte, heute aber von der vorrückenden Häuserfront verdrängt wurde und kaum noch besonders beachtet wird. Die Söhne-Brauerei liegt am Abhang dieses Aufstieges, des alten Mühlenbergs, der einst von nicht weniger als acht Mühlen getrieben wurde. Die letzten dieser Mühlen verbrannten im Jahre 1865. An der Schönhauser Allee beginnt ein neuer Anstieg, der in der Brauerei „Pfefferberg“ und dem Zionstirchplatz seine höchsten Erhebungen findet. Die Anklamer Straße führt ebenso wie die Veteranenstraße ziemlich steil in die Richtung zum Stettiner Bahnhof abwärts. Auch die Straßfunder, Hsedom- und Vorkastraße lassen diesen Abstieg gut erkennen. Diese Straßen führen von der ständig ansteigenden Brunnenstraße in das Spreetal hinab. Im Nordwesten wird dieser Höhenzug von der Panke durchschnitten. Jenseits der Panke steigen neue Hügelketten auf, zu denen die Erhebungen des Schillerparks, der Rehberge und der Tegeler Forst gehören.

Der südliche Höhenzug.

Im Süden wird das alte Spreetal begrenzt von einem Höhenzug, der in Neukölln mit den Kollbergen beginnt, dann seine Fortsetzung in der Hasenheide findet, die dann in den Tempelhofer Berg übergeht, an dem Fuß die Bergmannstraße entlangläuft. Die höchste Erhebung dieses Teils

des südlichen Höhenzuges ist der Kreuzberg, von dessen Höhe man einen weitreichenden Blick über die ausgedehnte Stadt hat. Der Höhenzug verläuft weiter westwärts. Wir gehen durch die Monumentenstraße, über die Siegfriedbrücke zur Bahnstraße und kommen zur früheren Dorfmaße von Schöneberg, der heutigen Hauptstraße. Wenn wir der Hauptstraße in südwestlicher Richtung folgen, erreichen wir alsbald die Parkstraße, die zum Stadtpark führt, der in einer flachen Senke des Höhenzuges liegt, die ihre Fortsetzung im Hindenburgpark findet. Ausläufer dieses Zuges führen zur Gasanstalt, die von der Rudolphstädter Straße, dem Hohenzollerndamm und der Jorkenbeckstraße begrenzt wird, und zum Fichteberg, der östlich vom Botanischen Garten in Bichterfelde liegt. Die westliche Grenze dieser südlichen Höhen Berlins wird durch die Grünwaldseenteile gebildet.

Der Höhenzug im Westen.

Jenseits dieser Seen erhebt sich die westliche Berliner Höhenlinie, zu der man auch die Hasenberge rechnen kann und deren Ausmaß in dem Hügelzug der Döberitzer Heerstraße besonders eindrucksvoll zu erkennen ist. Der westliche Höhenzug streicht von Süden nach Norden über den Spandauer Bod hinweg zur Spree bei Fürstenthrunn. Hier trennt das Spreetal den westlichen Höhenzug Berlins von dem nördlichen. Zwischen beiden sind die ausgedehnten Fabrikanlagen von Siemensstadt eingefügt, die auf früherem Spreewiesengelände errichtet wurden. Wenn wir diese Niederung durchschreiten, kommen wir alsbald in die Jungfernhöhe und über sie hinaus zu den Hügelketten der Tegeler Forst.

Zum Schluß sei noch auf die Hügel der Oberspree hingewiesen: die Gosener Berge, die Mägdeberge, die Fütberge, die anschließenden Grenzberge, die Eichberge, die zum Flätssee abfallen und auf der anderen Seite in den Kranichbergen und schließlich in den Rüdersdorfer Kollbergen ihre Fortsetzung finden.

Eine solche „Höhenwanderung“ zeigt das Wirken der Eiszeit. Die zurückstehenden Gismassen fanden in den Urstromtalern ihren Ausweg und preßten als Erdmoränen die Hügel auf, zwischen denen die kleine Fischerinsel Berlin vor Jahrhunderten von unbekanntem Pionieren gegründet wurde.

Der Mörder seiner Braut verhaftet.

Wie aus Bernerode berichtet wird, ist dort von Landjägern der 28 Jahre alte Chauffeur Erich Witte festgenommen worden, der am 25. September d. J. in Berlin seine Braut, die 21 Jahre alte Elisabeth K., erschossen hatte.

Mitglieder des Reichsbundes der Kriegeschädigten, Ortsgruppe Neukölln, die keinen Radioparat besitzen, hören die vom Bundesvorsitz im Plenarsitzungslokal des Reichstages veranstaltete Totenfeier, die durch Rundfunk übertragen wird, im Zeichenaal der Schule, Mariendorfer Weg, ab. Die Feier findet nachmittags von 14 bis 15 (2 bis 3) Uhr statt. Beginn pünktlich 14 Uhr.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einblendungen für diese Arbeit nur an das Jugendsekretariat Berlin SS 68, Lindenstraße 3

Der Referententourus findet heute im Vortragssaal des V.S., S.B., Lindenstraße 3, 2. Hof, 2. Etz. links, statt und beginnt pünktlich 19 1/2 Uhr. **Vorbereitung für die arbeitende Jugend von 14-18 Jahren** Sonntag, 6. Dezember, 15 Uhr, in der Volksbühne. Geplant wird „Der grüne Kaktus“, Vorträge von H. Schnäpfer, „Der Schindentänzer“, Komödie von Chas. Kotzke zu 80 Pf. und im Sekretariat erhältlich.

heute, Sonnabend, 19 1/2 Uhr.

Höfliches Tee: Nordstr. 11, 15 Uhr; Generalprobe. — **Wannsee:** Beim Gewissen Lehnhardt, Schützstr. 4; Arbeitgemeinschaft. **Werbespiel Prenzlauer Berg:** Nüppchenlaufus 10 Uhr; Dänischer Str. 62. **B. III. Morgen, 18 Uhr:** Engere Vorstandssitzung beim Gewissen Erl. **Werbespiel Meien:** Alle Karten zur Veranstaltung der „Roten Rebellen“ am 29. November, müssen morgen zwischen 11 und 12 Uhr im Heim Charlottenburg, Rosenstr. 4, abgerechnet werden. **Werbespiel Neukölln:** Hochabendlaufus der Kletterer in Erielslang, Treffpunkt 18 und 20 Uhr Hbf. Neukölln. Morgen 6 1/2 Uhr eberndert. Referent Genosse Gurland.

Morgen, Sonntag.

Kaisplatz 11: Fahrt nach Buch. 9 Uhr Hbf. Schöneberger Allee. — **Wedding, R. 1:** Fahrt nach Mühlenb. 8 Uhr Hbf. Gesundbrunnen. **Werbespiel Oken:** 18 Uhr Goklerstr. 61; 2. Kaspelabend: „Arbeitserleichterung im Sinne des Sozialismus“, Referent Genosse Dr. Schöber. **Werbespiel Schöneberg:** Filmabend, Heim Hauptstr. 11, Hauptfilm: „Des erwachenden Regenten“. Beginn 15 und 20 Uhr. Gänge willkommen. Eintritt 20 Pf. **Werbespiel Tempelhofer:** Nachbildeabend: „Dem Kaufhaus zum Gelben Meer“, 19 Uhr, Mariendorfer, Poststr. 7, Kitz Schule. Referent Genosse G. Bising. **Werbespiel Reinickendorf:** Bildungstourus 10 Uhr in Hüttenau, Hauptstraße 13, neue Schule; „Theorie und Praxis der Reichsregierung“, Referent Genosse P. Bernheim. **Wedding, Lambertplatz:** Montag Leben. Alle Solisten müssen erscheinen. Beginn pünktlich 20 Uhr, Heim Gehr. 84. Neue Plakate können sich noch melden.

Gewinnauszug

2. Klasse 38. Preussisch-Sächsischen Staats-Lotterie. Ohne Gewähr Nachdruck verboten.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

1. Ziehungstag 20. November 1931
In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

- 2 Gewinne zu 100000 M. 200731
 - 4 Gewinne zu 5000 M. 254588 395503
 - 10 Gewinne zu 3000 M. 29930 113970 145888 220103 307724
 - 4 Gewinne zu 2000 M. 2823 224565
 - 26 Gewinne zu 1000 M. 10468 42919 52010 52421 61471 92020 221606 222480 233947 280168 346204 375181 391203
 - 46 Gewinne zu 800 M. 51498 100816 103764 110759 114220 178078 211641 211142 230187 238608 254588 278000 286420 291757 298253 298096 318922 330964 331384 354884 392179 393998
 - 48 Gewinne zu 500 M. 19748 25850 31135 36240 53993 104142 169570 225996 239424 251152 258906 268740 280052 285509 297259 298189 292922 300660 311952 321829 323291 327275 362721 363465
- In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen
- 2 Gewinne zu 10000 M. 78999
 - 2 Gewinne zu 5000 M. 36276
 - 8 Gewinne zu 3000 M. 8719 82539 268069 385282
 - 10 Gewinne zu 2000 M. 5406 178537 154679 215093 396217
 - 22 Gewinne zu 1000 M. 477 69686 75700 82622 131632 167850 224375 258628 297769 338695 345060
 - 32 Gewinne zu 800 M. 39825 44506 52957 91656 258908 278598 297262 292719 302090 305864 320189 329663 357118 357138 391520 393303
 - 70 Gewinne zu 500 M. 4681 10571 29616 34793 47099 51359 60041 65763 80677 83595 83891 88890 89994 99700 109050 144921 148591 155379 197116 234569 245574 258588 259056 259765 260011 275683 296935 304377 318710 337322 368665 371298 390384 393323 398754

Wirtschaftsdiktator Hugenberg.

Die Wirtschaftspartei enthüllt geheime Verhandlungen.

Zwischen der Wirtschaftspartei und den Deutschnationalen ist ein Kräftefeld entstanden. Die Folge ist, daß man Einblicke hinter die Kulissen der Harzburger Front erhält. Die Parteileitung der Wirtschaftspartei veröffentlicht gegen Angriffe der deutschnationalen Pressestelle eine Erklärung, in der es heißt:

Bei der offiziellen Besprechung zwischen den Delegierten der Wirtschaftspartei und Herrn Geheimrat Hugenberg hat letzterer bezüglich der Wirtschaftspolitik keine konkreten Angaben gemacht, sondern sich dahingehend geäußert:

a) daß er über den gegebenenfalls von ihm einzuschlagenden wirtschaftspolitischen Kurs Angaben nicht machen könne und wolle,

b) daß er die Ueberzeugung gewonnen habe, daß die Leitung der Nationalsozialistischen Partei sich bei der Uebernahme der Regierung durch ihn seiner wirtschaftspolitischen Führung einordnen würde,

c) auf die wiederholte Frage nach seiner Einstellung zur Sicherung der Stabilität der Währung hat sich Herr Geheimrat Hugenberg weder im positiven noch im negativen Sinne geäußert. Ebenfalls hat Herr Geheimrat Hugenberg irgendeine positive oder negative Erklärung auf die spezielle Frage abgegeben, wie er sich zu dem in der letzten Zeit mehrfach erörterten Plan einer Angleichung der Mark an das englische Pfund einstellen würde.

Entsprechend dem internen Charakter der Verhandlung begnügt sich die Leitung der Wirtschaftspartei zunächst mit diesen Feststellungen, behält sich aber weitere Erklärungen bei neuerlichen Veröffentlichungen der deutschnationalen Presse vor.

Hier wird aber behauptet, daß Hugenberg der Ueberzeugung sei, daß die Nationalsozialisten sich hinter sein sozialreaktionäres Programm stellen und ihn als Wirtschaftsdiktator anerkennen würden!

Wie aber das Hugenbergsche Programm im einzelnen aussieht — das mußte er zwischen Harzburg und der Reichstagsöffnung selber nicht! Er fühlte sich bereits als Reichsführer der Harzburger Front, als der große Führer auf den Schultern der Nazis. Er drängte nach der Macht — aber ohne zu wissen was er wollte!

Konfusion.

Die Schwarze Front und Leutnant Wendi.

Zum erstenmal hat gestern eine Gruppe, die sich „Schwarze Front“ nennt, in Berlin eine öffentliche Kundgebung veranstaltet. Sie fand im Kriegervereinshaus statt.

Wer ist die „Schwarze Front“? Die Einladung war gezeichnet von der Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten, den Männern um Otto Straßer. Nach den Erklärungen des Vorsitzenden handelt es sich um keine Partei, sondern um eine Vereinigung, die, nur lose zusammenhängend, das schwarze Banner Florian Geyers erhoben hat. Was sie will? Kampf um jeden Preis gegen das herrschende System! Wie will sie den Kampf durchführen? Sie hat es nicht verraten. Aber sie verheißt vor allem Claus Heim, den Individualterroristen, den die Republik wegen der niegenannten Bombenattentate hinter Schloß und Riegel setzen mußte.

Sie hat aber auch ein „Wirtschafts- und Kulturprogramm“. Sie lehnt den Kapitalismus ab, will sogar im Gegensatz zu Adolf Hitler an das geheiligte Privateigentum herantreten. Aber sie verzweifelt auch hier den Kollektivismus und jede Verstaatlichung! Erleben sollen geschaffen und unter das ganze Volk aufgeteilt werden. Wie das gemacht werden und was das eigentlich sein soll, wird verschwiegen.

Einstimmig und interessanter wurde die Versammlung, als der frühere Reichswehrleutnant Wendi,

der seinerzeit vom Reichsgericht in Leipzig mit seinen Kollegen Scheringer und Rudin zusammen wegen Hochverrats zu Festung verurteilt worden war, das Wort zum Thema „Weder Hitler noch Scheringer!“ nahm. Wendi, schlank, drahtig, in Breeches und Gamaschen und schwarzem Hemd, steht da, breitbeinig, wie Rapoteon die Hände über der Brust zusammen geschlagen, und er spricht wie ein Leutnant, der morgens in der Kasernenstube Unterricht abhält. Sein „Volksgenossen“ klingt wie das „Leute“ oder „Kameraden“ des Czerglerplatzes. Er sagt: „Daß auf den Ausschuss von 1914 das Wegwerfen der Waffen und der Zusammenbruch von 1918 folgen konnten, bewies, daß im alten Deutschland etwas nicht in Ordnung war. Als dann Hitler kam, glaubten wir, etwas wirklich Neues zu erleben. Wir versuchten, unsere Kameraden, Offiziere und Soldaten, für den Nationalsozialismus zu gewinnen, und wir hatten Erfolg damit. Wir fuhren nach München und wurden dort ziemlich kalt empfangen. Wir sagten uns, dies rühre daher, daß man uns noch nicht kenne, und wurden weiter. Als der Volksentscheid über den Young-Plan kam, sagten wir uns, daß, wenn er mißlänge, das drohende Unheil mit Gewalt abgewendet werden müsse. Das war für uns ganz klar, und wir fuhren deshalb wieder nach München. Da jagte man uns,

der ganze Volksentscheid sei doch nur Propaganda gewesen. (Wul-Rufe. Zwischenruf: Hat Hitler das gesagt? Wendi: Nein, nicht Hitler, aber sein Adjutant Hauptmann Wagner.) Gleichwohl arbeiteten wir weiter. Wir wurden festgenommen und nach Weizsäcker gebracht. Als dann der 14. September gekommen war, sagten wir: Jetzt geht es bestimmt los!

Nach ihrer Ueberzeugung, sagt Wendi weiter, hätte kein Reichswehrsoldat gegen rechts geschossen, und kein Kommandeur, kein höherer Führer hätte gewagt, den Befehl zum Schießen zu geben.

Statt dessen schwor Hitler in dem Hochverratsprozeß seinen Legationsschweid, das heißt, er verriet uns an unsere Feinde die Hommerstein und Schleichler, bei denen er heute aus- und eingeht. Die Hitler-Partei hat ihren Verrat am Nationalsozialismus fortgesetzt. Sie ging ins Parlament und stellte einen ehrsamen Vizepräsidenten, sie lehnte alle sozialen Anträge ab und bewilligte verachtlichen jüdischen Unternehmungen Millionenzuschüsse. Hitler ist ständiger Gast bei Reeborn, Großkaufleuten und Schwerindustriellen. Er hat den Nationalsozialismus verraten, deshalb habe er, Wendi, sich von der Hitler-Partei getrennt. Hitler schelte sie jetzt Verräter und Ueberläufer, in Wahrheit habe er wie ein Verräter und Ueberläufer gehandelt. (Beifall und Widerspruch.)

Unklar und verworren, halb ja, halb nein sagend, kommt Wendi auf vielen Umwegen auch zu einer Absage an die Kommunisten. Hier erhebt sich in der Versammlung, die in der Hauptsache von Jugendsoldaten aller radikalen Richtungen besucht ist, heftiger

Ladendorffs Hausbesitzerbank.



Auf die Solidität dieser Bank konnte man keine Häuser bauen!

Rußland will exportieren.

Die Verhandlungen mit Deutschland. Ein russisches Wirtschafts-Memorandum.

Den gegenwärtig stattfindenden deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen liegt u. a. ein Memorandum der russischen Regierung zugrunde, aus dem Zweck und Ziel dieser Besprechungen deutlich ersichtlich werden. In dem Memorandum wird einleitend darauf hingewiesen, daß der deutsche Import aus Rußland im laufenden Jahr ungefähr 280 Millionen Mark oder etwa ein Viertel des Vorkriegsimportes Deutschlands ausmachen wird. Die russische Regierung wünscht deshalb eine Steigerung des deutschen Imports aus Rußland auf 750 Millionen Mark. Sie schlägt zu diesem Zweck folgendes vor:

„U. a. würde die Sowjetregierung für wünschenswert und notwendig halten, in Deutschland im bevorstehenden Jahre 1932 folgende wichtigste Waren abzugeben: Getreide aus der Ernte 1931/32; Weizen 300 000 Tonnen, Gerste 200 000 Tonnen, Mais 150 000 Tonnen, Oelfrüchte 150 000 Tonnen usw.; Holz: Papierholz etwa 300 000 russische Kubikfuß, Schnittholz 180 000 Standards, Sperrholz 8000 Kubikmeter usw.; Naphthaprodukte: erhebende Steigerung des Abfahrs von Sowjetrußland über die bis jetzt erreichten Mengen, von Schmierölen auf 125 000 Tonnen, Masöl einschließlich Düngung 200 000 Tonnen usw.; Nahrungsmittel: Eier 6000 Waggons, Butter 30 000 Tonnen, geschlachtetes Geflügel 2000 bis 3000 Waggons; Erze: Eisenerz 1 Million Tonnen, Manganerz 120 000 Tonnen usw.“

Im Einklang mit ihrer früheren Erklärung hält es die Sowjetregierung für möglich und notwendig, der deutschen Seite folgenden Kreis von Maßnahmen zur Erörterung vorzulegen, die eine faktische Erweiterung des Sowjetexports nach Deutschland bis zu dem oben bezeichneten Umfange sichern würden:

- a) Gewährung solcher Zollsätze, Eisenbahntarife, Hafengebühren und sonstiger Bedingungen für die Sowjetexportwaren, die in ihrer Gesamtheit den Sowjetexport nach Deutschland erleichtern und befestigen würden.
- b) Erweiterung und Befestigung der Praxis der Abnahme von Sowjetexportwaren (Getreide, Naphtha, Holz usw.) durch staatliche oder unter Kontrolle des Staates stehende Organe und Institutionen wie auch kommunale Unternehmungen.
- c) Schaffung solcher Bedingungen in den Beziehungen zwischen den Handelsorganen der U.S.S.R. in Deutschland und den größten deutschen Abnehmern von Sowjetwaren, welche zu der Entwicklung

der Wirtschaftsbeziehungen im Interesse beider Seiten beizutragen geeignet wären.

Gestützt auf die mehrfachen Erklärungen der deutschen Seite hinsichtlich des Interesses der deutschen Staats- und Wirtschaftsorgane an der Erweiterung des Sowjetexports und hinsichtlich der Bereitwilligkeit der deutschen Regierungsinstitutionen, den Sowjet-handelsorganen jegliche Hilfe in dieser Richtung zu erweisen, schlägt die Sowjetdelegation der deutschen Seite ihrerseits vor, anzugeben, welche Art Maßnahmen sie für möglich und erforderlich hält, in Entwicklung und Ergänzung der oben genannten zwecks Erreichung des im Interesse beider Seiten liegenden Zieles vorzuschlagen.

Die Sowjetdelegation bringt zur Kenntnis der deutschen Seite, daß die Handelsorgane der U.S.S.R. in Deutschland gegenwärtig konkrete Verhandlungen mit den größten deutschen Abnehmern von Sowjetwaren bezüglich der Placierung der Exportkontingente für 1932 und der Herstellung festerer Beziehungen führen. Die Sowjetdelegation hält es für möglich und zweckmäßig, sich das Recht vorzubehalten, im Gange dieser Verhandlungen der deutschen Seite Wünsche zur Kenntnis zu bringen, die sich aus den konkreten Erörterungen mit den einzelnen Gruppen der deutschen Abnehmer von Sowjetwaren ergeben.

Bei der Aufrollung der Exportfrage in ihrer Gesamtheit vor der deutschen Regierung geht die Sowjetregierung davon aus, daß das Wesen und die Lösung dieser Frage sich völlig ergibt aus dem Geiste und dem Gedanken des Artikels 1 des Wirtschaftsabkommens von 1925, in dem beide Länder die Verpflichtung übernommen haben, ihren Anteil im Wirtschaftsverkehr zwischen beiden Ländern auf das Vorkriegsniveau zu bringen.

Die Sowjetregierung ist der Auffassung, daß erst die Lösung dieser wichtigsten Frage eine dauernde und ernsthafte Entwicklung der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen im Interesse beider Seiten sichert und die rascheste Lösung der Frage hinsichtlich des Umfangs und Charakters der Sowjetbestellungen in Deutschland im bevorstehenden Jahre 1932 in Verbindung mit den wachsenden Importbedürfnissen der U.S.S.R. für die Durchführung des Fünfjahresplanes erleichtert. Gleichzeitig schafft die Lösung dieser Frage eine wirklich feste und verlässliche Basis für die Zahlungen der U.S.S.R. in Deutschland.“

Widerspruch, der sich zeitweise zu starkem Lärm steigert. Mit einem „Heil Deutschland!“ tritt Wendi ab, der uns wieder einmal gezeigt hat, wie schlimm es ist, wenn solche Leutnants sich in die große Politik mischen können.

Der Saal, der bis zu drei Viertel gefüllt gewesen war, leert sich. Ein Vortrag, den an Hand dieser Folianten ein Herr Smoboda über den Ultramontanismus hält, findet nur noch geringes Interesse.

Der Rundfunkkonflikt.

Die Besprechung Braun-Oroener. — Es bleibt wie es war.

Am Freitag hat die zwischen dem Reichsinnenminister und dem preussischen Ministerpräsidenten wegen des jüngsten Rundfunkkonflikts in Aussicht genommene Besprechung stattgefunden. Die beiden Minister kamen überein, an den Bestimmungen für den Rundfunk keinerlei Änderungen vorzunehmen, jedoch durch die Sachbearbeiter der Ministerien Er-wägungen über eine leichtere und bessere Handhabung dieser Bestimmungen vornehmen zu lassen. Insbesondere soll Vorbehalte getroffen werden, daß Vortragmanuskripte politischer Art so rechtzeitig eingereicht werden, daß eventuell zu besorgniserregende Meinungs-verschiedenheiten über diese Manuskripte in den Ueberwachungs-ausschüssen noch rechtzeitig behoben werden können.

Der Warschauer Sensationsprozeß.

Die Wahrheit auf dem Marsch.

Im Warschauer Prozeß gegen die Oppositionsführer haben die Belastungszeugen gar nichts Belastendes auszusagen können. Als Entlastungszeugen hat der gemeinsame Senatmarschall Dr. v. Trojanski die Verfassungsbrüche der Pilsudski-Regierungen und

ihre Duldung durch den Staatspräsidenten Moscicki bezeugt. Kor-fantyn, der das Preiser System an sich erfahren hat, rief aus, daß er in seinem altpreussischen Gefängnis auch nur ähnlich Schlimmes erlebt habe. Mehrere sozialistische Abgeordnete, so Buzak und Arciszewski, widerlegten die Beschuldigung illegaler Vorbereitungen und schilderten den blutigen Terror der Pilsudskisten. Professor Bartel, der mehrfach schon in der Pilsudski-Zeit Ministerpräsident gewesen ist, stellte der PPS. und dem Zentralkomitee des Zeugnisses ehrlicher Beglaubigung aus. Professor Kufiel, ehemaliger General bezeugte, daß der jetzige Innenminister Oberst Bieragzi im Auftrag Pilsudskis 1925 einen Militärputsch gegen die Regierung Strzyzowski betrieben hat. (Strzyzowski ist leghin, wie schon manche Pilsudski-Begner vor ihm, bei einer Autofahrt tödlich verunglückt — worden.)

Das keineswegs oppositionelle Gericht hat einen Einmischungs-versuch des früheren Justizministers und jetzigen Reichsgerichtspräsidenten Car zurückgewiesen.

Sozialdemokratischer Bürgermeister in Köln. Die Kölner Stadtverordnetenversammlung wählte mit 52 Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums gegen 21 unbedingte Stimmgelber der übrigen Parteien den Oberbürgermeister von Brandenburg, Genossen Gressdorf, zum ersten Beigeordneten und stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Köln.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags schloß am Freitag die Generaldebatte über die Pensionsfürsorge und vertagte sich auf Sonnabend. Tagesordnung: Spezialdebatte.

Im Reichstagsausschuß für Wohnungswesen entspann sich gestern eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Neuwahl eines Vorsitzenden an Stelle des bisherigen nationalsozialistischen Vorsitzenden Dr. Fabricius. Eine Einigung wurde zunächst nicht erzielt, doch ist es wahrscheinlich, daß in der morgigen Sitzung der Wohnungsausschuß sich seinen Vorsitzenden durch Mehrheitsbeschluß wählen wird. In der sachlichen Beratung wurde der § 1 des Entwurfs eines Wohnungswesengesetzes behandelt, der die Aufgaben des Gesetzes umreißt.

